SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Engagementförderung vor Ort - was gilt es in den Blick zu nehmen? Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger

Zimmer, Annette; Backhaus-Maul, Holger

Veröffentlichungsversion / Published Version
Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Zimmer, A., & Backhaus-Maul, H. (2012). *Engagementförderung vor Ort - was gilt es in den Blick zu nehmen? Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger.* Münster: Universität Münster, FB Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-405641

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

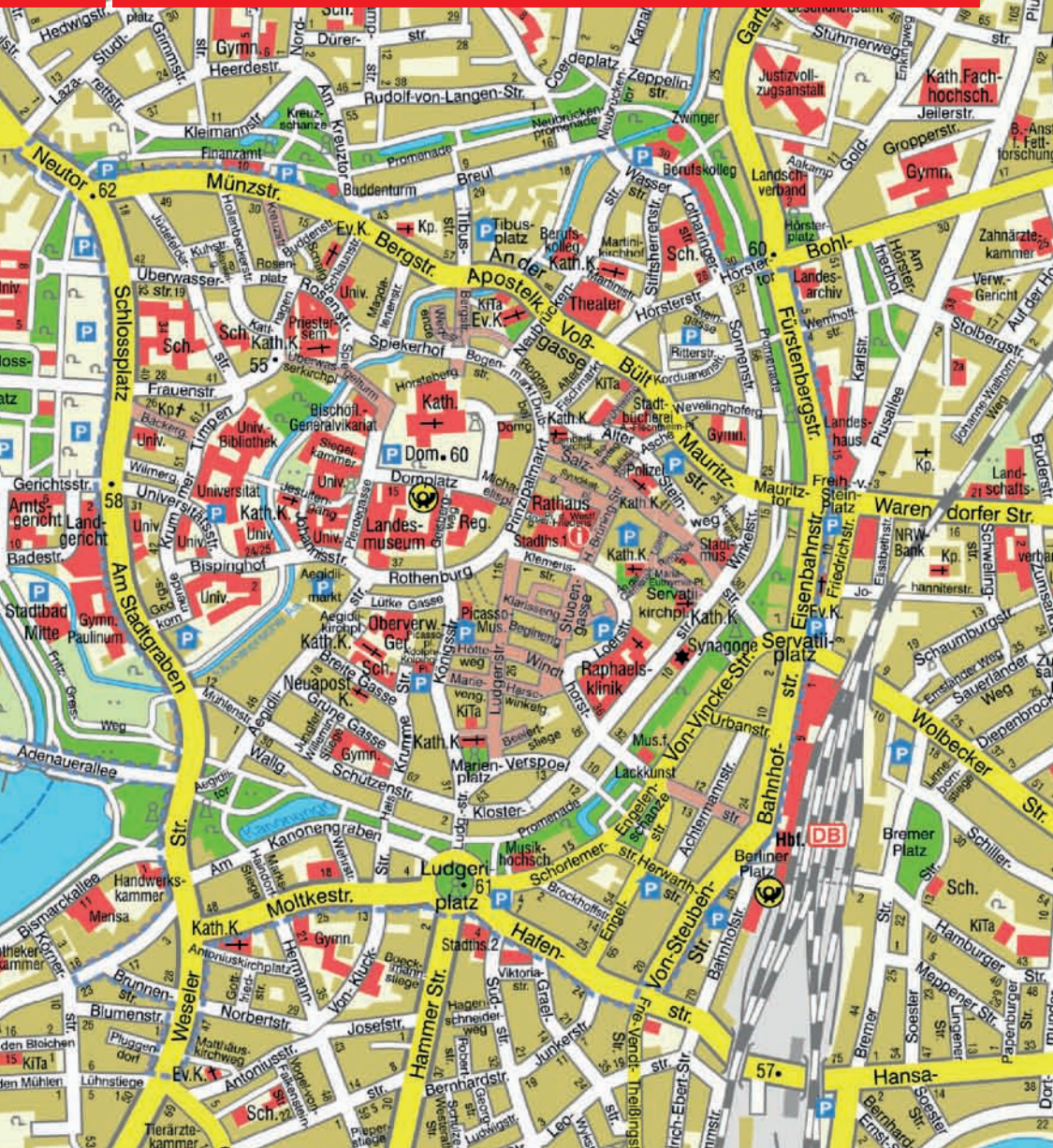
gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Annette Zimmer • Holger Backhaus-Maul

Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen?

Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger



Herausgeber:
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Politikwissenschaft
Scharnhorststr. 100
48151 Münster

Redaktion: Annette Zimmer und Holger Backhaus-Maul

Umschlaggestaltung: Andreas Reinhardt

Druck: AStA-Druck Münster

1. Auflage
Münster, Juli 2012

Annette Zimmer und Holger Backhaus-Maul

Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen?

Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger

Inhalt

1. Relevanz des zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort 7
2. Zielstzung und Aufbau der Broschüre 8
3. Traditionen, Probleme und Perspektiven des sozialen und politischen Engagements in Deutschland 10
   3.1 Politisches Engagement 10
   3.2 Soziales Engagement 14
   3.3 Probleme und Perspektiven des Engagements 19
   3.4 Engagementpolitik 22
4. Kristallisationskerne einer lokalen Engagementinfrastruktur 27
   4.1 Selbsthilfekontaktstellen 29
   4.2 Seniorenbüros 32
   4.3 Mehrgenerationenhäuser 34
   4.4 Freiwilligenagenturen und -zentren 37
   4.5 Bürgerstiftungen 42
   4.6 Aktivitäten zur Engagementförderung von Kommunalverwaltung und -politik: 44
5. Was gilt es in den Blick zu nehmen? 47
6. Literatur 54

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Protestereignisse und Teilnehmerzahlen in Deutschland 10

Tab. 1: Einrichtungen und Beschäftigte der Freien Wohlfahrtspflege, 2008 17

Abb. 2: Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements, 1999–2009 20

Abb. 3: Mitgliederentwicklung bei Parteien, Gewerkschaften und Kirchen 21

Abb. 4: Anteil einzelner Finanzquellen bei Vereinen mit einem Jahreseinkommen von unter einer Million Euro (n = 740) 24

Abb. 5: Freiwilliges Engagement in 14 Bereichen 26

Abb. 6: Zeitstrahl zur Entwicklung der engagementfördernden Infrastruktur 28

Abb. 7: Selbsthilfekontaktstellen in den Bundesländern, 2008 30

Abb. 8: Seniorenbüros in den Bundesländern, 2008 33

Abb. 9: Mehrgenerationenhäuser in den Bundesländern, 2011 36

Abb. 10: Leistungsspektrum von Freiwilligenagenturen 39

Abb. 11: Bürgerstiftungen in den Bundesländern, 2010 43

1. Relevanz des zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort

Zivilgesellschaftliches Engagement in Form von bürgerschaftlicher Selbstorganisation, politischer Beteiligung und gesellschaftlicher Mitwirkung in allen Bereichen unseres Gemeinwesens ist Fundament, Ressource und Resonanzboden für die Weiterentwicklung von Demokratie und Gesellschaft bei uns und weltweit.

Das Engagement vor Ort ist vielfältig und facettenreich. Die Mitwirkung und das Mitmachen in der lokalen Politik zählen ebenso dazu, wie Engagement in Initiativgruppen, Vereinen und Verbänden sowie freiwillige Mitarbeit bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen. Zivilgesellschaftliches Engagement kann insofern vor Ort wichtige gesellschaftliche Funktionen erfüllen:

- Es kann – subsidiär – einen Beitrag leisten, um gesellschaftliche Herausforderungen bereits vor Ort im Rahmen des lokal Möglichen mit staatlicher Unterstützung zu bearbeiten.
- Es kann demokratische Werte, Normen und Einstellungen befördern.
- Es kann maßgeblich zur Verbundenheit mit der lokalen Gemeinschaft und darüber hinaus betragen.
- Es kann den politischen Zusammenhalt und die Innovationsfähigkeit der lokalen Gesellschaft verstärken.

Zivilgesellschaftliches Engagement in Städten und Gemeinden findet in vielfältigen Formen und unterschiedlichen Kontexten statt:

- als Mitmachen und Mitentscheiden in Gruppen, Initiativen und Vereinen,
- als Mitwirkung und freiwillige Mitarbeit in einem breiten Spektrum öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Schulen und Kindergärten, Selbsthilfegruppen und Krankenhäusern oder Kunstvereinen und Museen,
- als politische Arbeit in Räten, Fraktionen, Parteien und Bürgerinitiativen,

- als direktdemokratische Mitwirkung bei Bürgerbegehren und -entscheiden,
- als bürgerschaftliche Beteiligung bei Planungsprozessen und der Aufstellung von Bürgerhaushalten.

Zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort, die Eigeninitiative und Selbstorganisation von Bürgern, kann durch entsprechende ordnungspolitische Grundpositionen von Politik und Verwaltung begünstigt und bestärkt werden, und zwar insbesondere durch:

- **Subsidiarität:** Politik und Verwaltung sehen ihre Aufgabe in der Stärkung gesellschaftlicher Kräfte und gemeinnütziger Organisationen. Die Hilfe zur Selbsthilfe und die Anerkennung des zivilgesellschaftlichen Engagements sind zentrale Eckpunkte einer subsidiären kommunalen Engagementpolitik.
- **Teilhabe und Inklusion:** Jede/r Bürger/in hat das unverbrüchliche Recht zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Auf lokaler und kommunaler Ebene sollen alle Bürger/innen die uneingeschränkte Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teil zu haben. Politik und Verwaltung sollen zur Inklusion und Teilhabe aller Bürger/innen durch entsprechende Maßnahmen ermöglichen und befördern.

„Mehr Demokratie und Gemeinschaft wagen" bedeutet daher heute, Bürger und Bürgerinnen in den Gemeinden, Landkreisen und Städten ein umfassendes Engagement in den politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Belangen ihres Gemeinwesens zu ermöglichen.

2. Zielsetzung und Aufbau der Broschüre

Wie zivilgesellschaftliches Engagement im Spannungsfeld zwischen bürgerschaftlicher Selbstorganisation und öffentlicher Förderung vor Ort umgesetzt werden kann, hierzu will die vorliegende Broschüre grundlegende Information geben und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Im Mittelpunkt stehen dabei die lokale Engagementinfrastruktur und Engagementpolitik, d.h. diejenigen Organisationen, Einrichtungen

und Dienste, die vor allem in den letzten Dekaden entstanden sind, um Bürger/innen neben den Entscheidungen von verfasster Politik und dem Engagement in traditionsreichem Engagement in Vereinen und Verbänden einen niedrigschwelligen Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement und Zivilgesellschaft zu eröffnen. Diese relativ neue Engagementinfrastruktur ist eingebettet in je spezifische zivilgesellschaftliche Traditionen vor Ort, die zugleich von Dynamik und Veränderung wie auch von Kontinuität und Beharrungsvermögen geprägt sind. So steht die lokale Engagementinfrastruktur und -förderung einerseits in der jeweiligen lokalen Engagementtradition und ist zugleich Ausdruck einer flexiblen Anpassung an veränderte gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen des Engagements. In knapper Form will die vorliegende Broschüre sowohl der Kontinuität als auch den aktuellen Herausforderungen und dem Wandel der Engagementinfrastruktur und -förderung vor Ort Rechnung tragen. Sie bietet Wissen und Orientierung für engagierte Bürger/innen und richtet sich an Mitarbeiter/innen von Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, Kommunalverwaltung und -politik sowie an Lehrer/innen, die ihren Schülern den Einstieg ins Engagement erleichtern wollen, und an Interessierte, die nach Wegen bürgerschaftlicher Beteiligung und gemeinwesensbezogener Betätigung suchen.

Unter dem Leitsatz „Am Anfang war alles Ehrenamt“ wird zunächst ein Rückblick auf die Entwicklung und die Verläufe des politischen und sozialen Engagements in Deutschland im lokalen Kontext gegeben. Besonders herausgestellt wird hierbei, dass das politische und das soziale Engagement in Städten und Gemeinden gemeinsame Wurzeln haben und eng mit der verfassungsrechtlich verbrieften kommunalen Selbstverwaltung verknüpft sind. Daran anschließend wird auf Engagementpolitik als Unterstützung und Förderung der lokalen Engagementinfrastruktur eingegangen, die in einem subsidiaritätspolitischen Gesellschaftsverständnis dazu beitragen soll, Inklusion und Teilhabe für alle Bürger und Bürgerinnen einer Stadt oder Gemeinde zu ermöglichen und erfahrbar zu machen. Hierzu zählen Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und nicht zuletzt Freiwilligenagenturen und -zentren. Bezug genommen wird hierbei auf Ergebnisse einer vom Bundesministerium

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Studie zur lokalen Engagementförderung, die relevante Organisationen, Einrichtungen und Dienste einer systematischen Analyse unterzogen und im lokalen Kontext eingehender empirisch untersucht hat (vgl. Wolf/Zimmer 2012). Ergänzend und vertiefend wird auf Befunde einer ebenfalls vom BMFSFJ in Auftrag gegebenen breit angelegten empirischen Untersuchung von Freiwilligenagenturen und -zentren in ihrer Bedeutung als Schlüsselinstitution der lokalen Engagementinfrastruktur in Deutschland eingegangen (vgl. Backhaus-Maul/Speck 2011, Speck et al. 2012).

3. Traditionen, Probleme und Perspektiven des sozialen und politischen Engagements in Deutschland

3.1 Politisches Engagement

Deutschland blickt auf eine lange Tradition zivilgesellschaftlichen Engagements auf lokaler und kommunaler Ebene zurück. Dieses trifft sowohl auf das politische wie das soziale Engagement zu (vgl. Sachße/Tennstedt 1988). Auf Ebene der Gemeinden, Städte und Landkreise sind politisches und soziales Engagement eng verbunden mit der Geschichte und Tradition kommunaler Selbstverwaltung.

Eingeführt wurde die kommunale Selbstverwaltung zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Preußen im Gefolge der Niederlage in den Napoleonischen Kriegen. Das Land Preußen war zu dieser Zeit zahlungsunfähig. Die kommunale Selbstverwaltung konstituierte damals einen wichtigen Schritt in Richtung Selbstorganisation des Bürgertums, gleichzeitig war es eine kluge Modernisierungsstrategie „von oben“. Mit der kommunalen Selbstverwaltung wurden die Belange der Kommunen in personeller wie auch finanzieller Hinsicht der Verantwortung der lokalen Bürgerschaft in Städten und Gemeinden übertragen. Der Rat der Stadt oder Gemeinde wurde zum politischen Entscheidungsgremium. Kommunale Aufgaben waren ab sofort aus den Steuereinnahmen vor Ort und nicht mehr staatlicherseits zu finanzieren. Und in Angelegenheiten der lokalen Verwaltung wurden vermögende männliche Bürger zu Ehrenämtern

– zum ehrenamtlichen Engagement ohne Bezahlung – zugelassen. Als „Ehrenmann“ in Rat und Verwaltung aktiv zu sein, war zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine anerkannt ehrenvolle und zugleich verpflichtende Aufgabe. Wer seiner Pflicht nicht nachkam, wurde mit Strafe belegt. Frauen wurden zu den politischen Ehrenämtern in Deutschland erst nach dem Ersten Weltkrieg (1918) zugelassen und waren daher vom politischen Engagement bis dahin weitgehend ausgeschlossen.

Auch wenn sich inzwischen viel verändert hat, kommt dem politischen Engagement auf lokaler und kommunaler Ebene auch heute noch herausragende Bedeutung zu. Längst haben die politischen Ehrenämter der Mandatsträgerschaft ihren verpflichtenden Charakter verloren. Doch der Grund für die hohe Bedeutung des politischen Engagements vor Ort ist nach wie vor die kommunale Selbstverwaltung, die ein Strukturmoment unserer Demokratie darstellt und in Artikel 28 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich verankert ist. Danach wird den Kommunen das Recht gewährleistet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen, d.h. Landkreise und kreisfreien Städte, sind somit ein auf Eigenständigkeit bedachter Bestandteil des föderalen politischen Systems. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet dezentralisierte öffentliche Aufgabenwahrnehmung im Spannungsfeld zwischen staatlichem Auftrag und bürgerschaftlicher Selbstverwaltung (vgl. Pitschas 2003, Backhaus-Maul 2011). Sie erfolgt durch gewählte Organe, deren Mitglieder bürgerschaftlich Engagierte und in der Regel ohne Bezahlung tätige Lokalpolitiker und -politikerinnen sind (Naßmacher/Naßmacher 2007: 209ff).

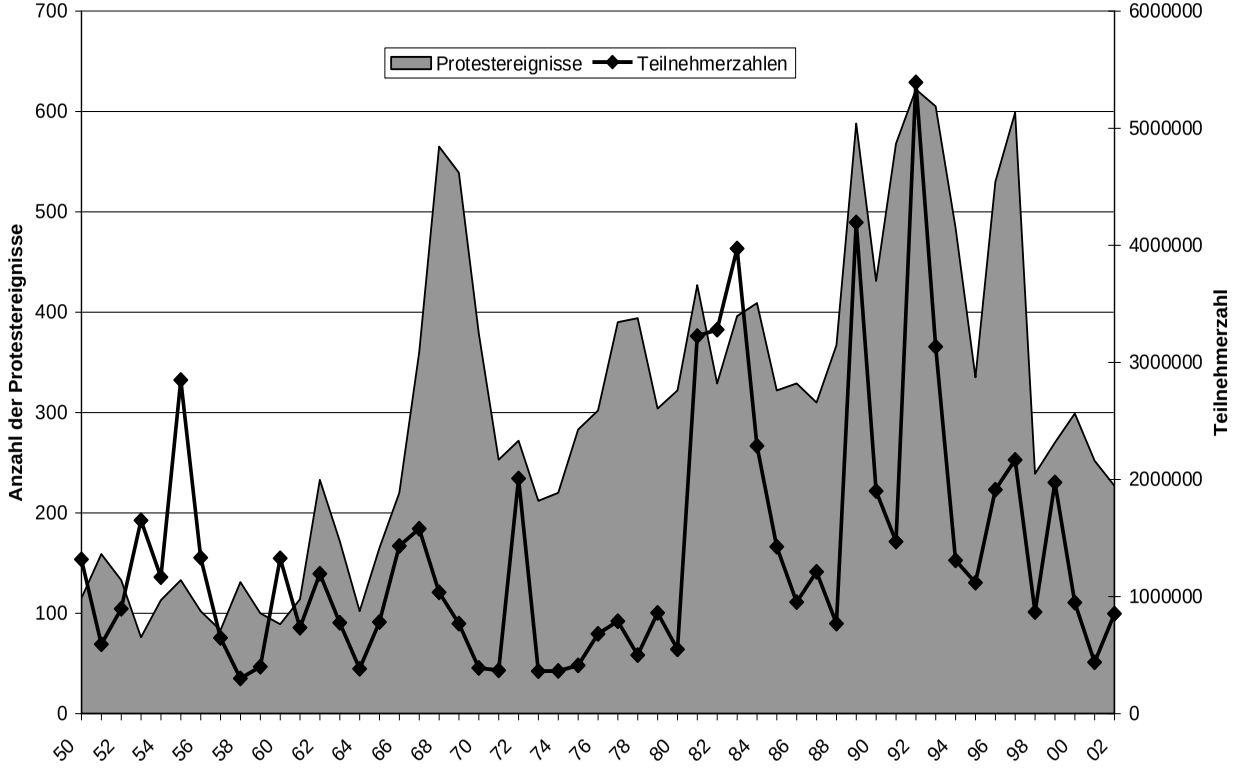
Abgesehen vom Amt des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin ist das Engagement in der Lokalpolitik in der Regel eine ehrenamtliche und – lässt man Aufwandsentschädigungen außer Acht – -weitgehend unbezahlte, gleichwohl aber zeitintensive Tätigkeit (Reiser 2006). Hochrechnungen zufolge liegt die Zahl der ehrenamtlichen Mandatsträger und -trägerinnen in der Lokal- und Kommunalpolitik in Deutschland bei in etwa 190.000 Personen. Um einige Beispiele zu nennen: In Baden-Württemberg sind knapp 18.400 Personen in Gemeinderäten des Landes ehrenamtlich politisch engagiert, in Sachsen rund

8.400 und in Niedersachsen 16.300, wobei der Frauenanteil mit rund 20% der Mandate immer noch bemerkenswert niedrig ist (Kletzing/Lukoschat o.J.; Zimmer/Priller 2012).

Doch nicht nur die Frauen interessieren sich vergleichsweise wenig für lokale Politik, sondern das klassische politische Engagement auf Lokal- und Kommunalebene befindet sich insgesamt in einer tiefen Krise. „Wir haben kommunale Selbstverwaltung, aber keiner geht hin“, so ließe sich die aktuelle Situation und Problematik verfasster Lokal- und Kommunalpolitik auf den Begriff bringen. Heute geht nur noch jede/r zweite Bürger/in zur Kommunalwahl, während die Beteiligung vor 30 Jahren noch mehr als 70% der örtlichen Wahlbevölkerung erreichte. Die Kommunalparteien und insbesondere die traditionellen Volksparteien CDU und SPD sind deutlich überaltert. Es finden sich immer weniger Interessierte für die Parteiarbeit vor Ort oder gar für die Übernahme eines Mandats im Rat. Vor allem in den ostdeutschen Kommunen bestehen Rekrutierungsprobleme hinsichtlich der Besetzung von Positionen in Kommunalparteien und im Rat. Aber auch in den westdeutschen Gemeinden ist die Attraktivität parteipolitischen Engagements auf lokaler und kommunaler Ebene eher gering.

Diese Beobachtung ist erstaunlich, da das Interesse der Bürger/innen an gesellschaftlichen und politischen Belangen eher zu- als abgenommen hat. Auch im internationalen Vergleich betrachtet ist die Bundesrepublik Deutschland eher als eine politisch aktive Gesellschaft einzustufen. Die Bereitschaft der Bürger/innen, sich punktuell und ad hoc im Rahmen von Bürgerinitiativen und lokalpolitischen Aktivitäten sowie sozialen Bewegungen, wie etwa der Friedens-, Frauen- oder Ökologiebewegung, gesellschaftlich zu engagieren und Position zu beziehen, hat seit den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland deutlich zugenommen. In der Regel stehen Gemeinwohlinteressen im Mittelpunkt des Bürgerengagements. Doch es gibt vereinzelt auch Bürgeraktivitäten, die nur auf die Erzielung eigener Vorteile ausgerichtet sind. Grundsätzlich aber ist anzuerkennen, dass seit den 1960er Jahren die Bundesrepublik Deutschland und später auch die neuen Bundesländer eine tiefgreifende Demokratisierung erfahren haben, die Engagement und Protest zu einer

Abb. 1: Protestereignisse und Teilnehmerzahlen in Deutschland,1950-2002, absolute Zahlen



Quelle: Rucht 2010: 5

kulturellen Selbstverständlichkeit für weite Bevölkerungsteile haben werden lassen (vgl. Abb. 1). Die repräsentative Demokratie und politische Parteien reagieren auf das veränderte Engagementverhalten. Inzwischen ist das Spektrum der Möglichkeiten für politisches Engagement jenseits von Parteien, gerade auf Lokal- und Kommunalebene, deutlich verbreitert worden. An den Verfahren der repräsentativen Demokratie und der ihnen zugrundeliegende Mehrheitsregel, die konstitutiv für die Bundesrepublik Deutschland sind, wurden insbesondere auf Kommunal- aber auch auf Landesebene in den vergangenen Jahren erste Veränderungen vorgenommen und erweiterte demokratische Teilhabeverfahren und -instrumente eingeführt. Besonders herauszustellen ist hier die Einführung der Direktwahl des Oberbürgermeisters in Kommunen (Bogumil/Holtkamp 2006). Überlegt wird derzeit ferner die Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden als Korrektiv politischer Entscheidungen im Rat.

Neben Ergänzungen der repräsentativen Demokratie vor Ort durch direktdemokratische Verfahren werden derzeit vielfältige Formen der Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen in der Kommunalpolitik erprobt. Zu nennen sind hier u.a. die Beteiligung bei Planungsvorhaben und die Erprobung neuer gering formalisierter Beteiligungsformen, wie etwa Bürgerhaushalte, Zukunftsforen und Stadtteilwerkstätten (vgl. Bogumil/Holtkamp 2006: 114f.) sowie die Einführung neuer onlinebasierter Partizipationsformen (E-Government). Diskutiert werden diese neuen Beteiligungsformen und -ansätze unter dem Leitbild der Bürgerkommune (Holtkamp et al. 2006).

3.2 Soziales Engagement

Freiwillige Mitarbeit und ehrenamtliches Mitentscheiden in einem breiten Spektrum sozialer Dienste und Einrichtungen hat in Deutschland eine lange Tradition. Dabei erstreckt sich das Engagement auf weite Bereiche der sozialen Daseinsvorsorge als Kernbestandteil kommunaler Selbstverwaltung (vgl. Backhaus-Maul 2009 und 2011, Pitschas 2003).

Im Zuge von wirtschaftlicher Industrialisierung und gesellschaftlicher Modernisierung entwickelte sich ein breites Spektrum an gemeinnützi-

gen und kirchlichen Organisationen, die sich mit der „Sozialen Frage“, d.h. den sozialen Begleiterscheinungen und Folgen kapitalistischen Wirtschaftens auseinandersetzten. Gegründet von Sozialunternehmern, wie etwa Adolf Kolping, Friedrich Wilhelm Raiffeisen oder Johan Hinrich Wichern, handelte es sich um Initiativen, die neue Antworten auf drängende gesellschaftliche Probleme gaben. Dabei unterlegten die genannten Sozialunternehmer ihre Vorstellungen von sozialen Innovationen mit der Aufforderung und mit der Eröffnung von konkreten Gelegenheiten zum sozialen bzw. ehrenamtlichen Engagement.

Frühzeitig kam es zur Zusammenarbeit zwischen sich entwickelnden lokalen Sozialämtern und privat-gemeinnützigen Organisationen und Initiativen. Befördert wurde diese Kooperation durch die kommunale Selbstverwaltung. Denn auch die Sorge um die Not und die Bedürfnisse der Armen war in Preußen mit der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung den Kommunen übertragen worden. Diese standen vor der Herausforderung eigenständig Antworten auf die sich verschärfende soziale Not zu finden und die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel aufzubringen. Analog zum politischen Engagement wurde in den kommunalen Armenordnungen zunächst das soziale Engagement „betuchter männlicher Bürger“ geregelt, die zur „Armenpflege“ auf Bezirksebene verpflichtet wurden (vgl. Aner/Hammerschmidt 2010). Doch bald schon zeigte sich, dass private Armenpflege durch lokale Honoratioren nicht ausreichte, um den wachsenden sozialen Problemen vor Ort zu begegnen.

Die Professionalisierung der Kommunalverwaltungen und der Aufbau einer kommunalen Armenfürsorge und Sozialverwaltung waren die Antworten auf die sozialen Probleme einer rasant wachsenden Industriegesellschaft in den Ballungsräumen und urbanen Zentren.

Doch der Ausbau der Kommunalverwaltungen führte in Deutschland weder zur Verdrängung der privaten karitativen Organisationen noch zur Zurückdrängung des ehrenamtlichen Sozialengagements. Vielmehr entwickelten sich die freigemeinnützigen Einrichtungen, karitativen Vereine und kirchlichen Wohlfahrtsverbände zu Kristallisationskernen ehrenamtlichen Engagements in den Kommunen und wurden so zu ei-

nem „sozialpolitischen Labor“ und nicht zuletzt zum Ausgangspunkt einer weit reichenden fachlichen Professionalisierung (vgl. Sachße 1986). Frühzeitig gingen freigemeinnützige Wohlfahrtsverbände Kooperationen mit kommunalen Sozialverwaltungen ein. Dabei wurde die private Initiative von Seiten der Kommunen nach Auseinandersetzungen zwar akzeptiert, letztlich aber erst mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1967 als gleichberechtigt anerkannt. Kommunalpolitik und -verwaltung erschlossen sich so das Engagement und die sozialmoralischen Ressourcen der Freien Wohlfahrtspflege als Grundlage der kommunalen Daseinsvorsorge (vgl. Backhaus-Maul/Olk 1994).

Der Einbezug der freien Wohlfahrtspflege in die Sozialpolitik und öffentliche Aufgabenerbringung ist noch heute ein wesentliches Charakteristikum des deutschen Sozialstaates. Seit dem Kaiserreich haben sich neben der katholischen Caritas und der evangelischen Diakonie die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, die Arbeiterwohlfahrt, das Deutsche Rote Kreuz und der Paritätische Wohlfahrtsverband als Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege etabliert. Mit mehr als 170.000 Einrichtungen und Diensten und über 1,5 Millionen Beschäftigten sind diese Verbände und ihre Mitgliedsorganisationen heute die größten Dienstleistungsanbieter im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Tab. 1: Einrichtungen und Beschäftigte der Freien Wohlfahrtspflege, 2008

	Einrich-tungen	**Vollzeit-beschäftigte**	**Teilzeit-beschäftigte**
Gesundheitshilfe	8.462	222.435	152.451
Jugendhilfe	38.092	146.018	179.955
Familienhilfe	7.201	16.029	45.470
Altenhilfe	16.524	152.750	246.164
Behindertenhilfe	15.365	125.815	165.492
Hilfe für Personen in besonderen sozialen Situationen	7.782	13.765	13.936
Weitere Hilfen	7.329	25.625	22.279
Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten für soziale und pflegerische Berufe	1.638	6.086	7.559
Gesamt	102.393	708.523	833.306
Selbsthilfegruppen und Gruppen des bürgerschaftlichen Engagements	34.817	2.347	4.361
Gesamt mit Selbsthilfe	137.210	710.870	837.667

Quelle: BAGFW 2009

Bis heute bietet die Freie Wohlfahrtspflege vor Ort ein weites Betätigungsfeld für soziales Engagement und trägt damit zur gesellschaftlichen Integration bei. Dabei ist aber ein grundlegender sozialer Wandel in Rechnung zu stellen, demzufolge die Verbände und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege nicht mehr wie früher in je spezifische soziale Milieus eingebunden sind. So waren die lokalen sozialen Einrichtungen und Wohltätigkeitsvereine in ihrer Gründungsphase integratives Element vergleichsweise homogener und geschlossener christlich-kirchlicher oder normativ-ideologischer sozialkultureller Milieus. Exemplarisch sind in diesem Zusammenhang

das katholische und das sozialdemokratische Milieu zu nennen. Bis in die 1970er Jahre prägten freigemeinnützige Organisationen, d.h. in der Regel Verbände und Vereine, diese Milieus und organisierten in beachtlichem Umfang das soziale Umfeld von Bürgern. Eine Mitgliedschaft in einem lokalen Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt ging zumeist einher mit der Mitgliedschaft in der SPD und einer DGB-Gewerkschaft sowie in einem Arbeitersport- und Kulturverein. Entsprechendes galt für das Engagement und die Mitgliedschaft im katholischen Milieu, das auf eine christlich-katholische Partei (Zentrum/CDU), einen katholischen Wohlfahrtsverband (Caritas), eine christliche Gewerkschaft und einen katholischen Sportverband (DJK) ausgerichtet waren. Diese sozialkulturellen Milieus verfügten über ein beachtliches Maß an Geschlossenheit und Verbindlichkeit. Derartige milieuspezifische Mitgliedschaften und Engagementformen waren bis in die 1960 Jahre eine sozialkulturelle Selbstverständlichkeit – mit geschlechtsspezifischen Ausprägungen im tätigen Engagement und bei ehrenamtlichen Vorstandsfunktionen (vgl. Beher et al. 2008).

Mit der Studentenbewegung und dem Aufkommen neuer sozialer Bewegungen (vgl. Roth/Rucht 2008) wurde in der Bundesrepublik Deutschland seit Ende der 1960er Jahre die Erosion dieser traditionellen sozialmoralischen Milieus forciert. Vor allem die Friedens-, Ökologie-, Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung boten damals neue Optionen zivilgesellschaftlichen Engagements. Diese waren erstmals nicht an formale Mitgliedschaften gekoppelt, sondern ermöglichten verstärkt zeitlich, sachlich und sozial befristete Vergemeinschaftungs-, Handlungs- und Protestformen. Gleichzeitig entstand im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen einer neuer Typus von zivilgesellschaftlicher Organisation. Hierbei handelt es sich nicht mehr um Mitgliederorganisationen im traditionellen Sinn, die föderal organisiert sind und deren örtliche Gliederungen über ein beachtliches Maß an Autonomie verfügen. Vielmehr ist es ein kleiner Kreis Professioneller auf der Leitungsebene, der die Organisation sozusagen „von oben“ steuert, für diesen neuen Typus zivilgesellschaftlicher Organisationen konstitutiv, der häufig auch als Non-Governmental-Organisation bezeichnet wird. Die lokalen Gruppen und Unterstützer haben keinen entscheidenden Einfluss auf die

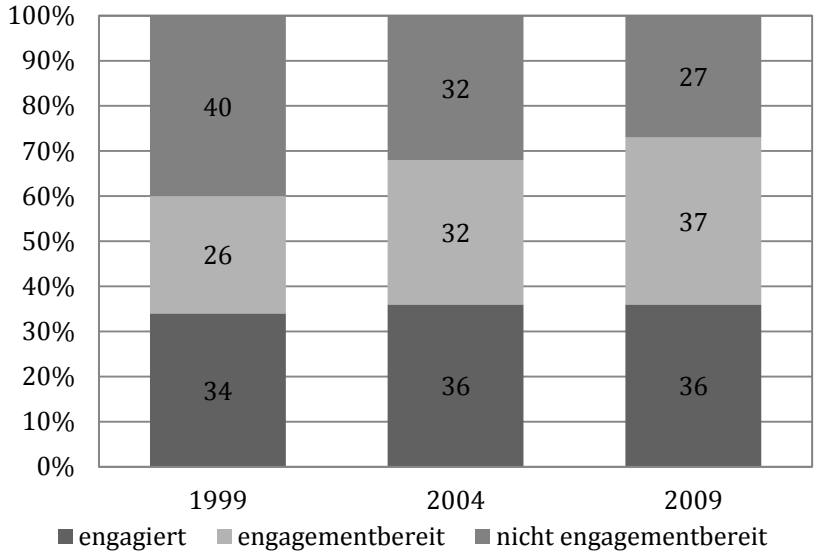
Ausrichtung der Organisation. An sie werden vielmehr von der Führungsebene Aufgaben delegiert und ihnen kommt eine wichtige Funktion bei der Verbreitung der Botschaft („Mission“) der Organisation und der Durchführung von Aktionen vor Ort zu. Greenpeace und Amnesty International waren die Prototypen dieser neuen Form der Organisation bürgerschaftlich-zivilgesellschaftlichen Engagements jenseits klassischer Vereinsstrukturen und Mitgliedschaftsverhältnisse.

Dieser noch relativ junge Organisationstyp zivilgesellschaftlichen Engagements ist weltweit „auf dem Vormarsch“. Im Vergleich zu traditionellen Vereinen gelten diese Organisationen aufgrund ihrer Führungs- und Koordinationsstruktur als effizienter und effektiver. Hinzu kommt, dass sie aufgrund ihrer professionell durchgeführten Kampagnen eine beachtliche medial-öffentliche Aufmerksamkeit erzielen und insofern als Spendenempfänger besonders attraktiv sind. Gleichzeitig wird von diesem Organisationstyp weit weniger regelmäßiges Engagement im Alltag und insbesondere keine Übernahme von Ehrenämtern auf der Leitungsebene erwartet, so dass die Anforderungen an das individuelle Engagement insgesamt weniger umfänglich und weniger verpflichtend sind als in klassischen Vereinen (vgl. Zimmer/Priller 2012).

3.3 Probleme und Perspektiven des Engagements

Analog zum traditionellen politischen Engagement befindet sich auch das soziale Engagement in einem Umbruch. Das Interesse am Engagement und der Wunsch sich zu beteiligen, mitzumachen und Einfluss in lokalen Belangen und kommunalen Angelegenheiten zu erlangen, sind nicht als gering zu veranschlagen. Der seit 1999 alle fünf Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte Freiwilligensurvey kommt zu dem über die Jahre relativ stabilen Befund, dass rund ein Drittel der Wohnbevölkerung über 14 Jahre engagiert und ein weiteres Drittel zum Engagement bereit ist.

Abb. 2: Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements, Engagementquote und Engagementbereitschaft in %, 1999 – 2009

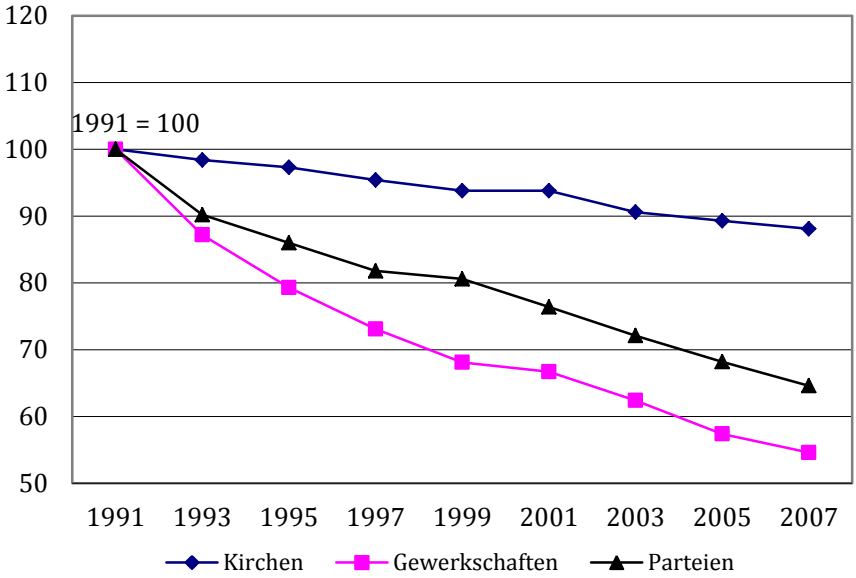


Quelle: Priller 2012; BMFSFJ 2010b

Gleichzeitig haben sich die Einstellung zum Engagement und das Engagementverhalten gewandelt. Die Veränderungen sind zum einen durch die Entkoppelung von Mitgliedschaft und Engagement bedingt; zum anderen sind sie Folge der Ökonomisierung und Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Das zurückgehende Interesse an einer Mitgliedschaft und einem Mitmachen in traditionellen Verbänden und Vereinen trifft vor allem die großen alten Mitgliederorganisationen, wie etwa Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Gerade diese traditionellen Organisationen hatten in den letzten Jahren deutliche Mitgliederverluste zu beklagen; sie sind die Verlierer der aktuellen Engagemententwicklung. Zurückzuführen sind diese Mitgliederverluste sowohl auf die Erosion der klassischen sozialen Milieus wie auch auf die Entstehung von attraktiven Alternativen des Engagements in eher gering formalisierten Initiativen und Gruppen, in denen Engagement nicht primär mit dem Mitgliedschaftsstatus verknüpft ist.

Abb. 3: Mitgliederentwicklung bei Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, 1991-2007



Quelle: Alscher et al 2009: 53

Anstelle eines biografischen Hineinwachsens und eines längerfristigen Verbleibens im Engagement bei „meinem Verein", „meinem Verband" und „meiner Kirche", ist Engagement mittlerweile in wachsendem Umfang sachlich, zeitlich und sozial begrenzt und findet oftmals anlass- und projektbezogen statt. Gleichwohl existiert neben dieser neuen Engagementform das auf Dauer und Beständigkeit ausgerichtete ehrenamtliche Engagement in nennenswertem Umfang fort. Engagement pluralisiert sich in seinen Inhalten, Formen und Verlaufsmustern, lautet die Bilanz.

Dieser für das Engagement tiefgreifende Wandel hat erhebliche Auswirkungen auf die Verlaufsmuster des Engagements. Gemeint ist hiermit, dass traditionell Mann oder Frau seinem oder ihrem Verein über die Jahre treu blieben und sich in wechselnden Funktionen engagierten. Der Sport bietet hierfür ein gutes Beispiel. In der Kindergruppe im Turnverein sozialisiert, übernahm er oder sie früh Aufgaben mit Leitungsfunktion im Jugendbereich. In die Jahre gekommen und mit Be-

rufserfahrung war es dann an der Zeit, dem Verein als Mitglied des Vorstands, vielleicht sogar als Vorsitzender oder Vorsitzende etwas „zurückzugeben“. Infolge der zurückgehenden Organisationsbindung und der geringer werdenden Attraktivität von Mitgliedschaft werden solche „Engagementkarrieren“ immer seltener. Dieses zeigt sich an den zunehmenden Problemen gerade der lokalen Vereine bei der Besetzung von Vorstandspositionen als eine besondere Form des sozialen Engagements mit erhöhter Verantwortung, der sich Ehrenamtliche in Leitungsfunktion heute gegenübersehen (NPM 2009). Dabei ist das gesamte Umfeld zivilgesellschaftlicher Organisationen inzwischen auf Wettbewerb gepolt. Vereine tätigen heute in erheblichem Umfang Investitionen, beschäftigen Personal und müssen sich zunehmend gegenüber einer wachsenden wirtschaftlichen Konkurrenz profilieren und behaupten. Insofern ist die Übernahme von Leitungsverantwortung in einem großen Sport-, Kultur- oder Sozialverband für Engagierte nicht nur mit erheblichem Zeitaufwand verbunden, sondern setzt neben Engagement auch Sachkunde, Risikobereitschaft und betriebswirtschaftliche Führungsqualitäten voraus. Mancher möchte in der Freizeit eine derartige Verantwortung nicht übernehmen und anderen fehlt angesichts beruflicher und familialer Anforderungen an die persönliche Mobilität und zeitliche Disponibilität schlicht die Zeit, um sich auf Lokal- und Kommunalebene ehrenamtlich zu engagieren.

Im Sozialbereich wird auf den Wandel des Engagements und die veränderten Rahmenbedingungen bereits seit den 1990er Jahren Bezug genommen, indem Führungs- und Leitungsfunktionen in sozialen Diensten und Einrichtungen verberuflicht und professionalisiert, Strategien der Engagemententwicklung konzipiert sowie Verfahren und Instrumente des Freiwilligenmanagement eingeführt werden (vgl. Steinbacher 2004).

3.4 Engagementpolitik

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass sowohl das politische wie auch das soziale Engagement nicht einfach so wie bisher fortgesetzt werden können, sondern das neben innerorganisatorischen Verände-

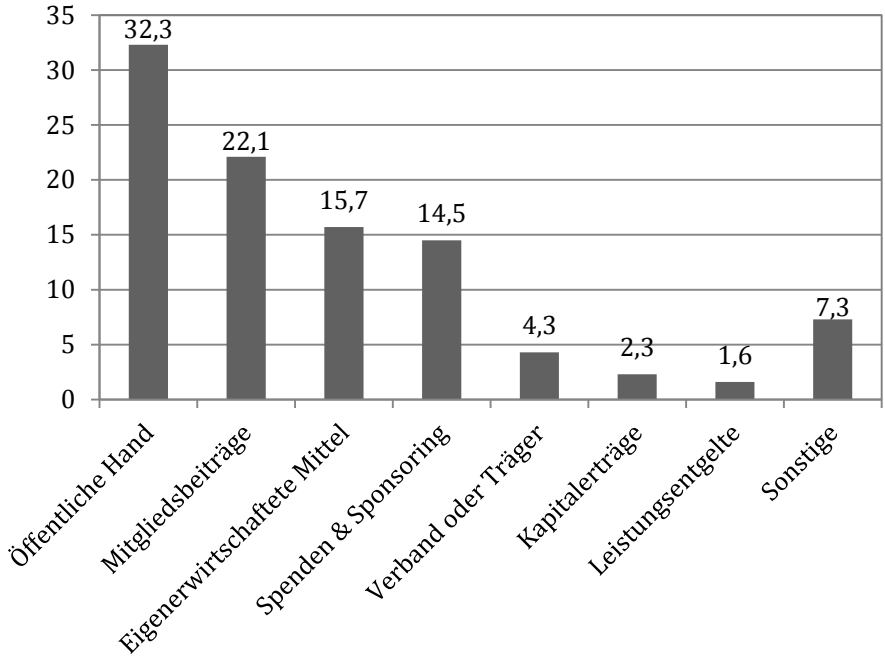
rungen vor allem die institutionellen Rahmenbedingungen für die Vielfalt und die Vielzahl des zivilgesellschaftlichen Engagement verbessert und weiterentwickelt werden sollten. Im Begriff der Engagementpolitik (vgl. Olk et al. 2010, Olk et. al 2011) kommt dieses aktuelle gesellschaftspolitische Anliegen treffend zum Ausdruck.

Da Engagement in erster Linie und in hohem Maße „vor Ort" stattfindet, ist Engagementpolitik ein wesentlicher und zentraler Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung. Darüber hinaus wird versucht „Engagementpolitik" als Querschnittsaufgabe jenseits von Ressortgrenzen auch auf Bundes- und Landesebene zu etablieren (vgl. Olk et al. 2010). Im Kern geht es darum, den Zugang zum Engagement vor Ort zu erleichtern, ein pluralistisches Spektrum von Engagementformen nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig zu befördern und sowohl den Engagierten als auch den beteiligten Organisationen mittels öffentlicher Fördermittel und infrastruktureller Maßnahmen geeignete Engagementgelegenheiten vor Ort bereit zu stellen.

Auf Bundesebene lassen sich in den vergangen zehn Jahren erste Ansätze und Wegmarken einer Engagementpolitik erkennen. Die Arbeit der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" des Deutschen Bundestages ist hier ebenso zu nennen, wie die Einsetzung des Bundestagsunterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement", die Etablierung einer empirischen Dauerbeobachtung des Engagements durch den Freiwilligensurvey, die Erstellung des Ersten Engagementberichts der Bundesregierung sowie die verschiedenen engagementbezogenen Kommunikationsforen, wie etwa der vom Bundeskanzleramt initiierte Bürgerdialog. In einigen engagementpolitisch ambitionierten Bundesländern ist grundsätzlich Vergleichbares festzustellen, wobei landesspezifische Ausprägungen und Akzentsetzungen dort die Aktivitäten prägen (vgl. Schmid 2010). Über die Engagemententwicklung in Gemeinden, Landkreisen und Städten gibt es – trotz der herausragenden Bedeutung des lokalen Engagements – bisher keine verlässlichen Analysen und Daten (vgl. Bogumil/Holtkamp 2010). Auf jeden Fall aber hat sich das engagementbezogene Handlungsspektrum der Lokal- und Kommunalebene in den letzten Jahrzehnten deutlich erweitert (vgl. Jakob 2010).

Traditionell bestand die Förderung des Engagements auf lokaler Ebene in der finanziellen, sachlichen und personellen Unterstützung von Vereinen und Verbänden. Zu nennen sind hier das Bereitstellen von Räumlichkeiten und Plätzen etwa im Sport, die kontinuierliche finanzielle Förderung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen, z.B. für freie Theater und Kinos, sowie die projektbezogene Förderung von Vereinsaktivitäten. In diesem Zusammenhang machen die vorliegenden Vereinsstudien deutlich, dass die öffentliche Förderung – neben Mitgliederbeiträgen – nach wie vor die wichtigste Finanzierungsquelle ist.

Abb. 4: Anteil einzelner Finanzquellen in % bei Vereinen mit einem Jahreseinkommen von unter einer Million Euro (n = 740, Bezugsjahr: 2002)



Quelle: Zimmer 2007: 114

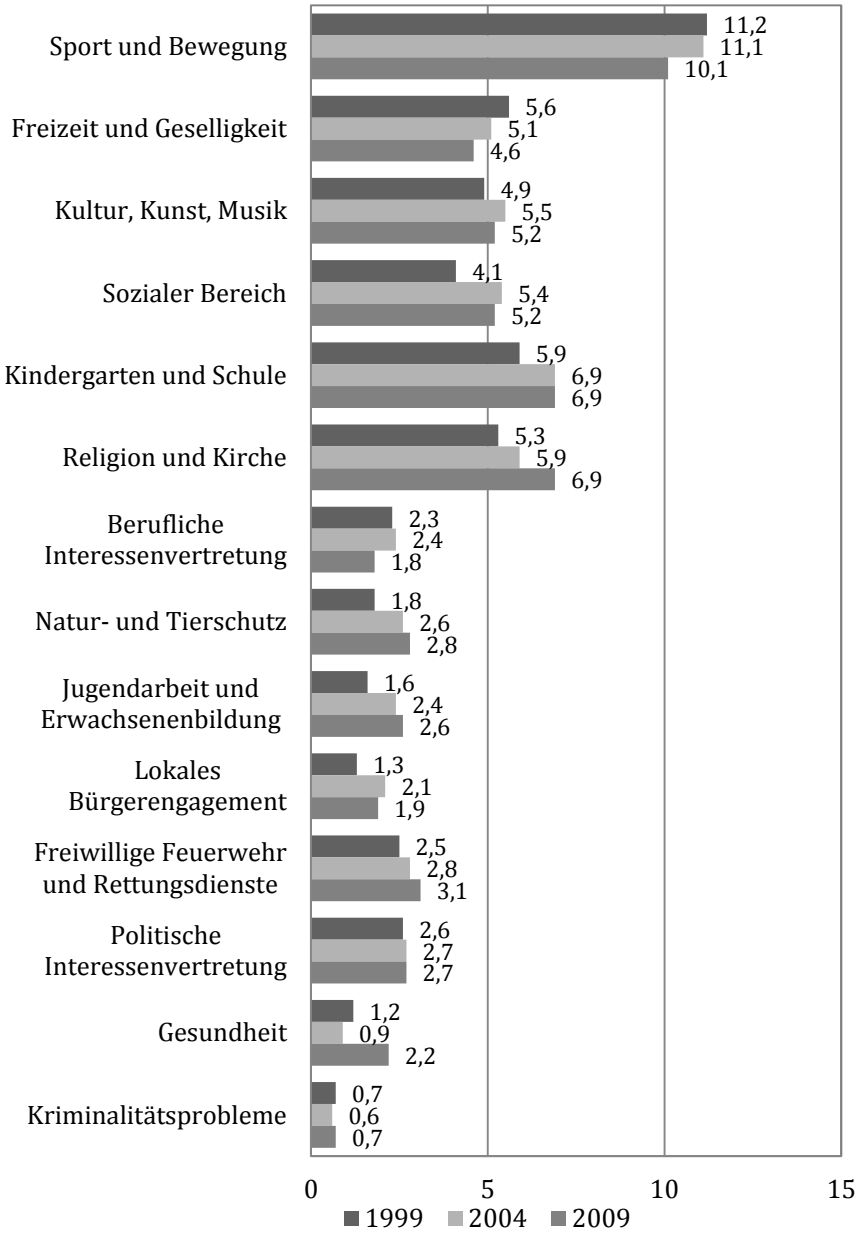
Neben dieser infrastrukturellen Förderung haben viele Städte und Gemeinden in den letzten Jahren damit begonnen, ein engagementförder-

liches Mikroklima zu kreieren und eine lokale Anerkennungskultur zu entwickeln. Berichte in den lokalen Medien über engagierte Persönlichkeiten zählen ebenso dazu wie etwa Freiwilligentage oder auch Neujahrsempfänge von Bürgermeistern oder Landräten, die allesamt gute Gelegenheiten bieten, um die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagement darzustellen und angemessen zu würdigen.

Mit dem Einzug neuer Informations- und Kommunikationstechniken in Rathäuser und öffentliche Einrichtungen sind einige Gemeinden, Städte und Landkreise dazu übergegangen, den Zugang von Bürgern zu lokalen Verbänden, Vereinen, Initiativen und Gruppen zu verbessern, indem entsprechende Informationen systematisch aufbereitet und aktuell zugänglich gemacht werden. Diese Informationen dienen allerdings eher dazu, die Passgenauigkeit bei der Suche nach der „richtigen Organisation" zu verbessern, als neue Engagementinteressierte zu gewinnen. Dabei verdeutlichen die Ergebnisse des Freiwilligensurveys, dass Bürger/innen immer noch zu einem Großteil (40%) im Kontext von Vereinen aktiv sind. Doch das vereinsbezogene Engagement geht zurück, während das anlassspezifische und projektbezogene Engagement zunimmt.

Vor diesem Hintergrund eines veränderten Engagementverhaltens sind in den vergangenen drei Jahrzehnten auf der Lokal- und Kommunalebene – z.T. initiiert durch Bürger/innen, z.T. auch angestoßen durch die Kommunalverwaltung – eine Reihe von Organisationen, Diensten und Einrichtungen entstanden, die als Infrastruktureinrichtungen des Engagements das Ziel haben, allen Bürgern Gelegenheiten zum Engagement zu eröffnen sowie Beteiligung zu ermöglichen. Im Folgenden werden besonders bedeutsame Infrastruktureinrichtungen zur Förderung des Engagements mit ihrem spezifischen Entstehungskontexten, ihren Finanzierungsstrukturen, ihren Leistungspotentialen und auch im Hinblick auf ihre jeweiligen Probleme und Herausforderungen vorgestellt.

Abb. 5: Freiwilliges Engagement in 14 Bereichen, in % der Befragten



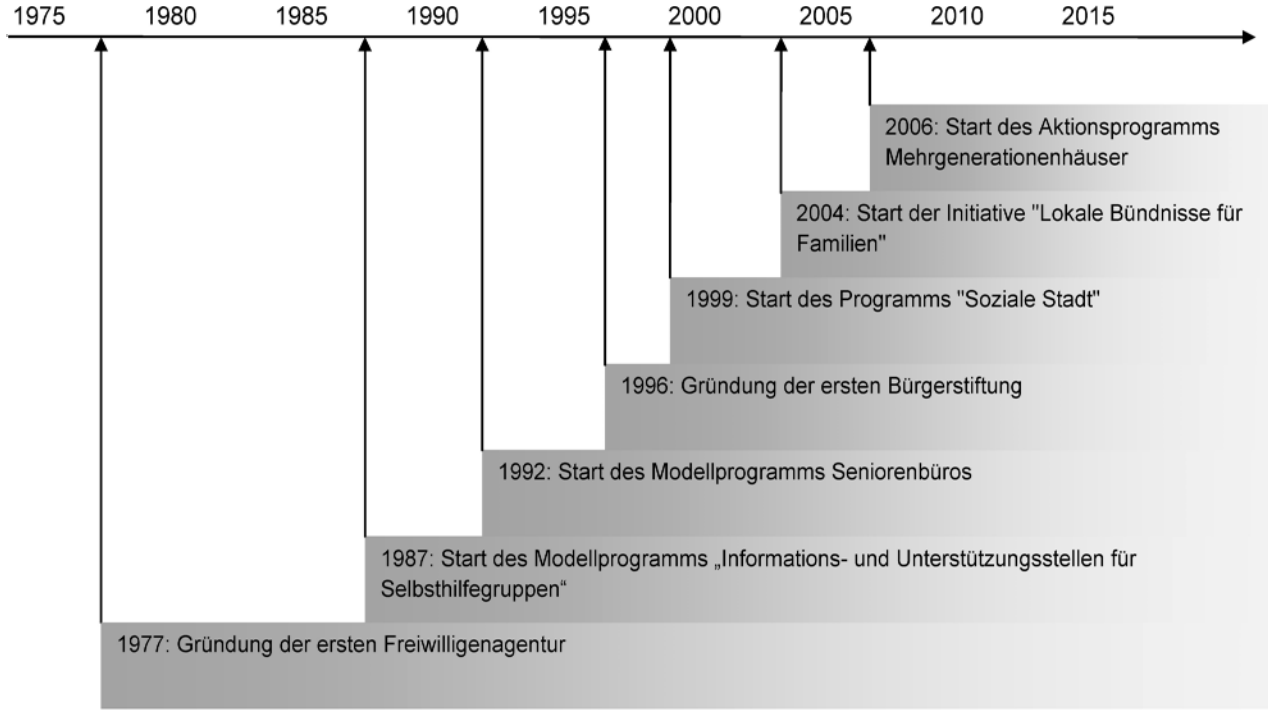
Quelle: BMFSFJ 2010b, S. 93

4. Kristallisationskerne einer lokalen Engagementinfrastruktur

Die Entstehung und öffentliche Förderung von Infrastruktureinrichtungen sind zugleich Ausdruck des sozialen Wandels von Engagement. Seit Gründung der ersten Einrichtungen dieser Art – von Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen in München und Berlin – haben Anzahl und Vielfalt von Engagement unterstützenden Einrichtungen vor Ort deutlich zugenommen. Ihre Verbreitung ist auch auf die Unterstützung des Bundes zurückführen. So hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen der sogenannten Modellförderungen als einer neuartigen Fördermöglichkeit auf Zeit dazu beigetragen, dass neuartige und gesellschaftliche Innovationen versprechende Projekte im lokalen Umfeld zumeist über Jahre hinweg erprobt werden konnten. Bei der Modellförderung handelt es sich um eine anteilige Anschubfinanzierung. Vom Bund werden hierzu zeitlich befristet für spezifische – bundesweit bedeutsame – Aufgaben Fördermittel zur Verfügung gestellt, die durch Eigenleistungen zu ergänzen sind. Modellprojekten liegt die Idee zugrunde, dass es dem geförderten Projekt und seinem Träger im Förderzeitraum gelingt, eine Anschlussfinanzierung zu sichern, die das Projekt auf Dauer sicherstellt.

Wie der nachfolgende Zeitstrahl der Entwicklung von Einrichtungen einer engagementfördernden Infrastruktur zeigt, handelt es sich hierbei um ein vielfältiges Spektrum. Alle diese Einrichtungen dienen der Information und Beratung sowie der Kooperation und Vermittlung in Engagementangelegenheiten; zudem bieten sie selbst zugleich auch Dienstleistungen an, wie etwa Aus- und Weiterbildung sowie Beratung, was mittlerweile den Wettbewerb zwischen diesen Infrastruktureinrichtungen in ihrer Funktion als Dienstleistungsanbietern in öffentlichen Aufgabenbereichen verstärkt. So haben öffentlich geförderte Mehrgenerationenhäuser als Anbieter sozialer Dienstleistungen vor Ort seit einigen Jahren Aufmerksamkeit erhalten. Andere Infrastruktureinrichtungen zeichnen sich durch Zielgruppenspezifik aus (Selbsthilfekontaktstellen) oder richten ihre Engagementförderung – wie etwa Bürgerbüros – sozialräumlich aus.

Abb. 6: Zeitstrahl zur Entwicklung der engagementfördernden Infrastruktur



Quelle: Wolf/Zimmer 2012: 95

Im Folgenden werden die verschiedenen Infrastruktureinrichtungen der lokalen Engagementförderung kurz und prägnant dargestellt.

4.1 Selbsthilfekontaktstellen

Selbsthilfekontaktstellen sind Kontakt- und Vermittlungsstellen für Betroffene, die für ein spezifisches Anliegen, meist ein gesundheitliches Problem, eine Selbsthilfegruppe gründen oder an einer bestehenden Gruppe teilnehmen möchten. Die Selbsthilfe im Gesundheitsbereich ist in Deutschland inzwischen anerkannt und überregional verbandlich organisiert.

Die Anfänge der Selbsthilfegruppen in Deutschland lassen sich auf die späten 1970er Jahre zurückführen und standen in engem Bezug zu den neuen sozialen Bewegungen. Selbsthilfe war damals nicht auf den Gesundheitsbereich beschränkt, sondern die Selbsthilfebewegung stand für ein selbstbestimmtes Leben in alternativen Formen des Arbeitens und Wohnens. Ein wichtiges Referenzmodell für die Selbsthilfe im Gesundheitsbereich waren die „Anonymen Alkoholiker (AA)“, eine weltweite Abstinenz-Bewegung. Die AA-Selbsthilfegruppen erzielen bemerkenswerte Heilerfolge durch Offenlegung der Problematik in der Gruppe, individuelle Verantwortungsübernahme für die Krankheit und gegenseitige Hilfe und Unterstützung der Gruppenmitglieder.

Die Selbsthilfebewegung war damals Ausdruck eines gesellschaftlich-sozialen Paradigmenwechsels. Nicht ausschließlich Experten – Ärzte und etablierte Gesundheitseinrichtungen – garantieren Heilerfolge sowie einen erfolgreichen Umgang und ein Zurechtkommen mit Krankheiten. Vielmehr bieten die gegenseitige Unterstützung von Betroffenen, der Erfahrungsaustausch in der Gruppe sowie Selbsthilfe als Wille zur Übernahme von Eigenverantwortung einen direkten, weniger kostenintensiven sowie vor allem selbstbestimmten Weg des Umgangs mit Krankheiten und psychosozialen Problemen. Inzwischen wird von einer Zahl von bis zu 100 000 Selbsthilfegruppen mit rund 3,5 Millionen Gruppenmitgliedern in Deutschland ausgegangen (vgl. NAKOS 2010).

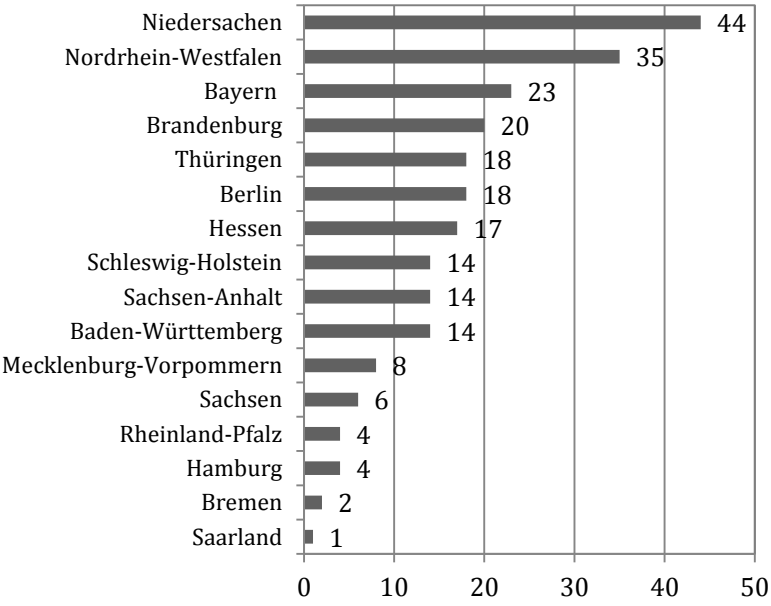
Förderlich für den Aufbau einer Infrastruktur zur Selbsthilfegruppenunterstützung war die Politik der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Diese betrachtete Selbsthilfe als hoch-innovatives Konzept und riet Anfang der 1980er Jahre zur Entwicklung von Infrastrukturmaßnahmen zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen, d.h. zur Einrichtung von Informations- und Vermittlungsstellen für an Selbsthilfe Interessierte.

Die erste Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen wurde 1983 in Berlin eingerichtet und aus Mitteln des sogenannten Berliner Selbsthilfetopfs finanziert. Die Berliner Selbsthilfeförderung fand bundesweit Nachahmer. Die Einrichtung von Selbsthilfekontaktstellen in Städten und Gemeinden wurde damals erstmalig mit dem Instrument der Bundesmodellförderung unterstützt.

Die Zahl der lokal tätigen Selbsthilfekontaktstellen wird inzwischen von der Dachorganisation der Kontaktstellen (Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen/NAKOS) mit rund 240 angegeben.

Abb. 7: Selbsthilfekontaktstellen in den Bundesländern, 2008



Quelle: Wolf/Zimmer: 61, nach NAKOS 2009

Selbsthilfekontaktstellen bieten Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Selbsthilfegruppen und für an Selbsthilfe interessierte Bürger/innen an. Sie konzentrieren sich auf gesundheitliche und psychosoziale Themenfelder und sind in der Regel mit hauptamtlichem Personal ausgestattet. Dieses leistet Unterstützung bei der Gruppensuche, der Gründung von Gruppen und bei deren Öffentlichkeitsarbeit sowie bei der Raumbeschaffung und der Lösung von Gruppenkonflikten. Zu ihren weiteren Aufgaben zählt die Zusammenarbeit von Selbsthilfegruppen mit Fachleuten und Verbänden vor Ort. Die Kontaktstellen basieren auf einem Finanzierungsmix, der neben den üblichen Mittelgebern, insbesondere den Kommunen und anderen öffentlichen Förderern, auch Zuwendungen der gesetzlichen Krankenversicherungen umfasst. Diese schlagen nach Angaben von NAKOS (2009) mit einem Anteil von knapp 40% an der Gesamtfinanzierung der Kontaktstellen zu Buche.

Da es sich bei der Selbsthilfe um ein Engagement von Betroffenen handelt, wird bisweilen kritisch hinterfragt, ob es sich hierbei überhaupt um soziales Engagement handelt. Was für das individuelle Mitmachen in einer Selbsthilfegruppe sicherlich zu hinterfragen ist, trifft nicht auf das Engagement von Betroffenen zugunsten Dritter in Gruppen und Verbänden der Selbsthilfe zu. Insgesamt hat die Selbsthilfe in Deutschland seit Jahren einen hohen Grad an Akzeptanz, Präsenz und Resonanz in der Fachwelt sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit erreicht. Für die Selbsthilfekontaktstellen könnte ein nächster Einwicklungsschritt darin bestehen, stärker mit anderen Engagementorganisationen zu kooperieren und sich als Teil einer lokalen Engagementinfrastruktur unter einem „Dach“ zu verstehen.

Informationen zu Selbsthilfekontaktstellen im Internet:

Einen Überblick über die thematische Vielfalt und lokale Verbreitung von Selbsthilfegruppen und -organisationen gibt die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS):
www.nakos.de/site/grundlagen-und-erfahrungen/selbsthilfekontaktstellen/

Einen Einblick in die Arbeit und Organisationsweise einer lokalen Selbsthilfeorganisation und ihrer Selbsthilfegruppen gibt die Berliner Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle (SEKIS): *www.sekis-berlin.de/index.php* .

4.2 Seniorenbüros

Seniorenbüros richten sich an die Zielgruppe der über 50-Jährigen. Für die am Engagement interessierten „jungen Alten" können Seniorenbüros eine Stelle zur Beratung, Kommunikation und Information sein und darüber hinaus weiter reichende Funktionen erfüllen:

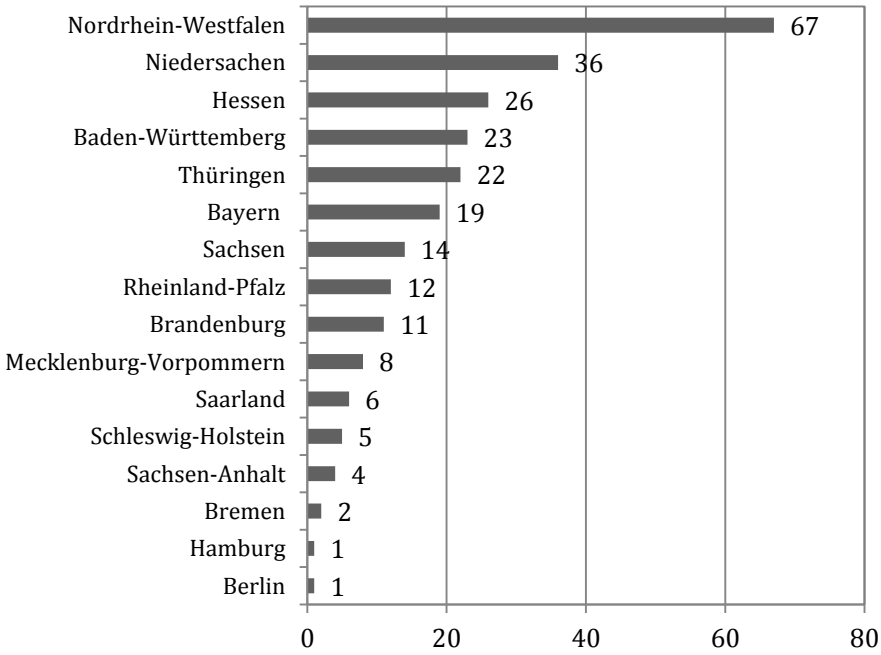
- Seniorenbüros dienen dem Austausch von Erfahrungen,
- wirken sozialintegrativ im Stadtteil,
- ermöglichen einen Zugewinn an Kommunikation und Sozialkontakten,
- helfen bei der Initiierung und Durchführung sozialkultureller Aktivitäten,
- beraten und unterstützen Senioren bei der Suche nach Betätigungsmöglichkeiten und
- bieten Aus- und Weiterbildungen im Bereich des sozialen Engagements und der Selbstorganisation an.

Die Einrichtung von Seniorenbüros geht auf die 1980er Jahre zurück und war damals eng mit einer Neuausrichtung der sogenannten Altenarbeit verbunden. Das Know-how und die Lebenserfahrung der „jungen Alten" wurden als Kompetenz und Ressource der Gesellschaft entdeckt und für die Weiterentwicklung von sozialem Engagement und Selbstorganisationsprozessen erschlossen. Wesentlich zur Verbreitung dieses

neuen innovativen Ansatzes hat das vom damaligen Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFS) aufgelegte Modellprogramm „Seniorenbüros“ mit seiner auf fünf Jahre angelegten Laufzeit (1992-1997) beigetragen.

Von der Fachöffentlichkeit wurde dieses Modellprogramm positiv bewertet. So sind nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BAS) rund 250 Seniorenbüros in Gemeinden, Landkreisen und Städten aktiv.

Abb. 8: Seniorenbüros in den Bundesländern, 2008



Quelle: Wolf/Zimmer 2012: 55, nach BAS 2010

Seniorenbüros zeichnen sich durch eine vielfältige, insbesondere kommunale Trägerschaft und Finanzierung aus. Die Finanzsituation wird von einer ganzen Reihe der Einrichtungen als schwierig bezeichnet. Die Beschäftigungsverhältnisse in Seniorenbüros sind daher häufig prekär und langfristig nicht gesichert. Angesichts der schwierigen finanziellen

Lage vieler Kommunen sehen einige dieser Einrichtungen einer eher ungewissen Zukunft entgegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Leistungen und Angebote von Seniorenbüros in ähnlicher Art und Weise auch von anderen engagementfördernden Organisationen angeboten werden. Zudem hat sich das Selbstverständnis der Älteren sowie die Anforderungen an die Generation der über 50-Jährigen infolge des sozialen Wandels, ihrer gesundheitlichen Situation und den Veränderungen in Teilen der Arbeitswelt und im Rentenbezug („Rente mit 67“) deutlich verändert. Die Seniorenbüros nehmen auf diese neuen Anforderungen Bezug. So steht bei vielen Seniorenbüros mittlerweile der Begriff Generationendialog oben auf der Agenda und kommt in der Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten sowie in der Beteiligung am Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ zum Ausdruck, das die Qualifizierung von lebens- und berufserfahrenen Bürgern für das Engagement in der nachberuflichen Phase zum Ziel hat.

Informationen zu Seniorenbüros im Internet:

Einen Überblick über das Selbstverständnis und die Leistungen von Seniorenbüros gibt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros: *www.seniorenbueros.org*

Darüber hinaus bietet u.a. die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen weiterführende Informationen an: *www.bagso.de*

4.3 Mehrgenerationenhäuser

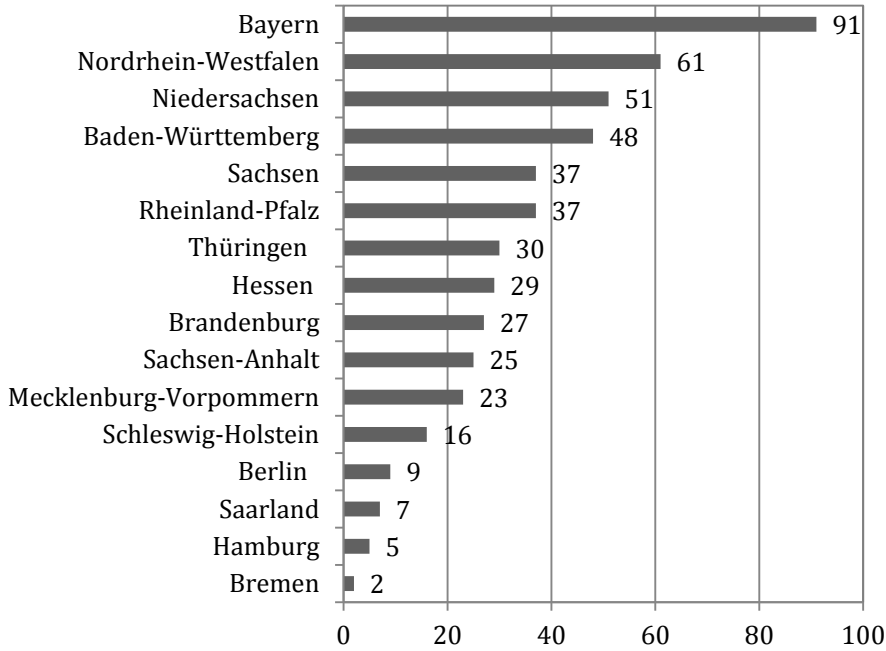
Mehrgenerationenhäuser sind offene lokale Einrichtungen und multifunktionale Dienstleister mit einem generationenübergreifenden Anspruch. Sie bieten ein Spektrum von Leistungen und Diensten an, das von kulturellen Veranstaltungen über haushaltsnahe Dienstleistungen bis hin zur Kinder- und Altenbetreuung und der Organisation lokaler Tauschbörsen reicht. Entwickelt und erprobt wurde das Konzept des generationenübergreifenden Multifunktionshauses zunächst in Niedersachsen und ab Mitte 2000 im Rahmen der Bundesmodellförderung deutschlandweit verbreitet.

Akteure vor Ort konnten sich mit ihrer spezifischen Einrichtung um die Aufnahme in das Modellprogramm bewerben. Die Bewerber wurden in einem kompetitiven Verfahren ausgewählt. Die Teilnahme im Modellprojekt umfasste eine finanzielle Förderung in Höhe von 40.000 Euro sowie organisatorische Unterstützungsleistungen von Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMSFSJ), wie etwa:

- Kooperation mit einer Serviceagentur in Fragen der Organisation, Finanzierung und Vernetzung,
- Mitarbeit in einem Moderationskreis, in dem jeweils 20-25 Mehrgenerationenhäuser zusammengeschlossen sind und spezifische Themen bearbeiten und
- Beteiligung in thematischen Arbeitsgruppen der Mehrgenerationenhäuser.

Das Bundesmodellprojekt hat wesentlich dazu beigetragen, Konzept und Idee des Mehrgenerationenhauses bundesweit bekannt zu machen. In vielen Städten und Gemeinden zählen die Häuser mit ihren generationenübergreifenden und haushaltsnahen Dienstleistungsangeboten mit zur lokalen Engagementinfrastruktur (vgl. BMFSFJ o.J.).

Abb. 9: Mehrgenerationenhäuser in den Bundesländern, 2011



Quelle: Wolf/Zimmer 2012: 79

Bei den rund 500 Mehrgenerationenhäusern handelt es sich häufig um bereits vorher bestehende Einrichtungen, wie etwa Mütterzentren und Familienbildungseinrichtungen, die sich in Trägerschaft von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen oder Kommunen befinden. Die Mehrgenerationenhäuser haben entweder ihren Aufgabenbereich und ihr Programmspektrum erweitert und einige von ihnen sind neu gegründet worden. Ihrem Selbstverständnis zufolge tragen Mehrgenerationenhäuser in ihrer Arbeit die folgenden Aufgaben:

- Entwicklung generationenübergreifender Angebote unter Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren,
- Dienstleistungsangebote in Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen,

- Unterhalt eines offenen Tagestreffs mit Cafeteria oder Bistro sowie Entwicklung marktfähiger Produkte und Dienstleistungen im haushaltsnahen Bereich und
- Aktivierung und Qualifizierung von Menschen aller Altersgruppen für freiwilliges Engagement.

Das Konzept der Mehrgenerationenhäuser ist vielversprechend. Zum einen handelt es sich um einen lokalen, Kooperation versprechenden Ansatz in der Familien-, Generationen- und Freiwilligenarbeit. Zum anderen sind Mehrgenerationenhäuser auf Beständigkeit und Marktorientierung ausgelegt. Ferner wurde bei der Umsetzung des Konzeptes und seiner bundesweiten Verbreitung auf die Kooperation und ein „Voneinander Lernen" der Häuser gesetzt. Seitens des zuständigen BMFSFJ wurden zudem eine Kooperationsgruppe sowie ein Kompetenznetzwerk ins Leben gerufen (BMSFSJ 2010a.), in dem u.a. Vertreter/innen von Ländern, Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden vertreten sind.

Trotz des multifunktionalen Ansatzes und der Marktorientierung der Mehrgenerationenhäuser stellt für die Mehrheit der Häuser die Sicherung der Finanzierung das größte Problem dar. Gleichzeitig bieten sich Mehrgenerationenhäuser aufgrund ihrer Multifunktionalität als „Dach" von lokalen Gruppen und Initiativen in der Freiwilligenarbeit an.

Informationen zu Mehrgenerationenhäusern im Internet:

Einen Überblick über die Entwicklung, öffentliche Förderung, Dienstleistungen sowie Adressen von lokalen Mehrgenerationenhäuser in Deutschland gibt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *www.mehrgenerationenhaeuser.de*

4.4 Freiwilligenagenturen und -zentren

Freiwilligenagenturen und -zentren[1] können als bewährte Organisationsform mittlerweile auf eine über dreißigjährige Tradition in Deutschland zurückblicken, die bis weit in neue soziale Milieus und Gruppen in den 1970er und 1980er Jahren zurück reicht. Dabei war für die „Pioniere" unter den Freiwilligenagenturen die Auseinandersetzung mit etablierten Organisationen und trägen Institutionen ein zentrales Gründungsmotiv. Die Erfahrungen mit der relativen Unbeweglichkeit auf Seiten etablierter Institutionen und Organisationen bildet für Freiwilligenagenturen immer noch einen wesentlichen Anknüpfungspunkt für ihr Handeln. Dieses Anliegen kommt im Selbstverständnis von Freiwilligenagenturen treffend zum Ausdruck, wenn sie sich etwa als Vermittlungsagenturen zwischen Bürgern und Organisationen und als gesellschaftliche Entwicklungsagenturen in allen Fragen des Engagements bezeichnen (vgl. bagfa 2007).

Nach einer eher zögerlichen Gründungswelle kam es vor allem Ende der 1990er Jahre im Zuge der beginnenden Engagementdebatte zu einer deutlichen Zunahme der Einrichtungen. So existierten im Jahr 2001 deutschlandweit bereits ca. 190 Freiwilligenagenturen und -zentren (vgl. BMFSFJ 2002). Knapp zehn Jahre (2009) später bestanden bereits rund 360 Freiwilligenagenturen. Dieses beachtliche Wachstum von Freiwilligenagenturen erfolgte über die Jahre hinweg allerdings nicht kontinuierlich, sondern war durch erhebliche Schwankungen und vor allem durch Neugründungen und gleichzeitige Schließungen geprägt. Letztlich hat die Zunahme der Zahl der Freiwilligenagenturen im vergangenen Jahrzehnt vor allem zu einer flächendeckenden Ausdehnung von Freiwilligenagenturen im gesamten Bundesgebiet geführt.

Seit Anfang der 2000er Jahre finden Freiwilligenagenturen Aufmerksamkeit in der Sozialforschung (vgl. zum Folgenden Backhaus-Maul/Speck 2011, Speck et al. 2012). Ihrem Selbstverständnis zufolge agieren Freiwilligenagenturen und -zentren als „unabhängige lokale

[1] Zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden zumeist von Freiwilligenagenturen gesprochen, wobei begriffliche Variationen, wie etwa Freiwilligenzentren und -börsen, selbstverständlich mit gemeint sind.

Infrastruktureinrichtungen“ an den „Schnittstellen“ zwischen engagementinteressierten Bürgern, gemeinnützigen Organisationen sowie Kommunalpolitik und -verwaltungen. Durch Informations-, Beratungs-, Vermittlungs- und Qualifizierungsangebote sowie eine breite Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit wollen sie ihrem Selbstverständnis zu Folge zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort fördern. Eine wichtige, wenngleich nicht ausschließliche Funktion von Freiwilligenagenturen und -zentren besteht in der Information, Beratung und Vermittlung von Bürgern und Organisationen.

Abb. 10: Leistungsspektrum von Freiwilligenagenturen, in %

Frage: Welche der Arbeitsbereiche deckt Ihre Freiwilligenagentur zurzeit stark ab?

Quelle: Backhaus-Maul/Speck 2011: 304

Während in einigen Bundesländern befristete Modellprogramme zur Förderung lokaler und regionaler Engagementprojekte bestehen, obliegt dem Bund die Projektförderung bundesweiter Modelle und Verbandsstrukturen, wie insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa). Die Förderung seitens der eigentlich für Freiwilligenagenturen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zuständigen Kommunen ist außerhalb großstädtischer Verdichtungsräume in der Regel gering und oftmals nicht auf Dauer angelegt.

Die Untersuchungsergebnisse verdeutlichen, dass fast die Hälfte der Freiwilligenagenturen mit einem Jahresetat von bis zu 10.000 Euro, ein weiteres Drittel mit einem Budget von bis zu 50.000 Euro und weniger als ein Drittel mit einem Jahresbudget von über 50.000 Euro. arbeitet. Entsprechend stellt sich die Personalsituation dar: Fast ein Drittel von ihnen arbeitet ohne hauptamtliches Personal, über die Hälfte verfügt immerhin über ein bis zwei hauptamtliche Mitarbeiter/innen und ein vergleichsweise geringer Anteil der Freiwilligenagenturen verfügt über drei und mehr hauptamtliche Mitarbeiter/innen.

Der aktuellen Untersuchung zufolge sind etwa ein Drittel der Freiwilligenagenturen in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden, ein weiteres Drittel ist als eigenständiger Verein organisiert und das letzte Drittel befindet sich in Trägerschaft von Kommunen und Trägerverbünden. Betrachtet man diese Entwicklung, so zeigt sich eine leichte Tendenz in Richtung einer zunehmenden kommunalen Trägerschaft. Finanziert werden Freiwilligenagenturen aus verschiedenen Etats. Hierbei kommt den Kommunen mit einem Anteil von 40% an der Finanzierung die größte Bedeutung zu. Aber nur wenige Agenturen sind infolge vertraglicher Regelungen mit der jeweiligen Kommune oder aufgrund einer mittelfristigen Finanzierungszusage abgesichert. Die Erschließung neuer und verlässlicher Finanzierungsquellen stellt daher eine der großen Herausforderungen für Freiwilligenagenturen in den kommenden Jahren dar.

Insgesamt betrachtet verfügen Freiwilligenagenturen über beachtliche Leistungspotentiale. Dieses trifft auf die Erschließung neuer Themenfelder, Zielgruppen und insbesondere Geschäftsfelder zu. So erproben

Freiwilligenagenturen als neues Geschäftsfeld die Zusammenarbeit mit Unternehmen, z.B. im Rahmen des freiwilligen Engagements von Unternehmensmitarbeitern (Corporate Volunteering). Besonders hervorzuheben ist das Bemühen von Freiwilligenagenturen, sich im lokalen und kommunalen Umfeld zu Kompetenz- und Dienstleistungszentren in Fragen des bürgerschaftlichen Engagements und zum Kristallisationskern der lokalen Engagementinfrastruktur zu entwickeln.

Stellt man einerseits in Rechnung, dass Freiwilligenagenturen bereits seit Jahren und mittlerweile flächendeckend im gesamten Bundesgebiet bestehen, und berücksichtig man andererseits ihre bisher geringe Ressourcenausstattung, so werden die unausgeschöpften Potenziale von Freiwilligenagenturen und damit zugleich auch einer grundständig und verlässlich geförderten lokalen Engagementinfrastrukur deutlich. Dabei ist zu bedenken, dass die kommunale Förderung von Freiwilligenagenturen als freiwilliger Aufgabe möglich ist, vorausgesetzt Kommunalverwaltung und -politik stufen das Thema zivilgesellschaftliches Engagement überhaupt als kommunal- und gesellschaftspolitisch relevant ein.

Informationen zu Freiwilligenagenturen im Internet:

Einen Überblick über Freiwilligenagenturen, -zentren und -börsen in Deutschland geben die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) und der Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband: *www.bagfa.de* und *www.caritas.de/spendeundengagement/engagieren/ehrenamt/freiwilligenzentren/freiwilligenzentren*

Einen ersten Einblick in das Thema bieten die traditionsreiche Münchener Freiwilligenagentur (*www.tatendrang.de*), die regional-ländliche Freiwilligenzentrale in Moers (*www.freiwilligenzentrale-moers.de/index.php*) und die kommunal initiierte Freiwilligenagentur in Berlin-Köpenick (*www.sternenfischer.org*).

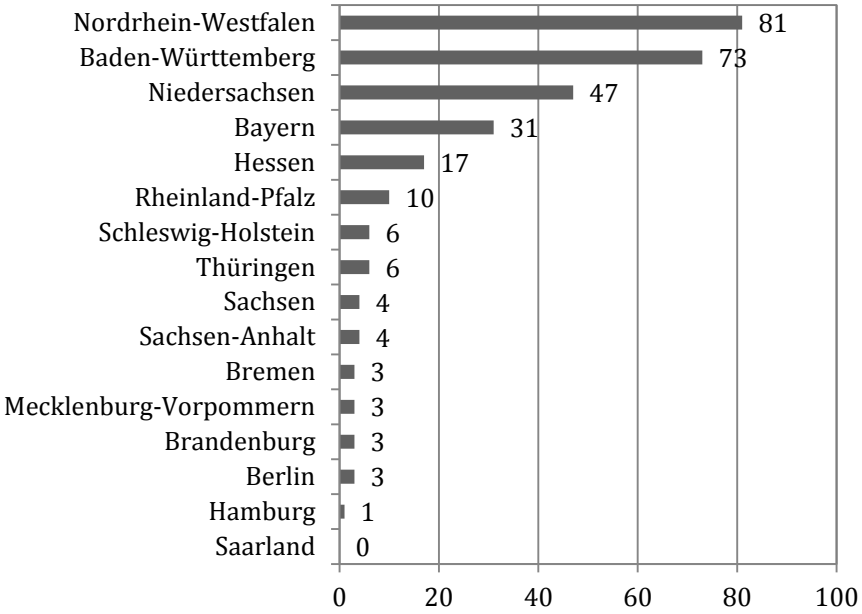
4.5 Bürgerstiftungen

Bürgerstiftungen sind eine interessante Mischung aus klassischem Verein als engagementbasierter Mitgliederorganisation einerseits und privater Stiftung als Kapitalvereinigung mit dem Ziel der Durchführung oder Förderung von Projekten andererseits. Für Stifter/innen und Zustifter bestehen bei dieser Stiftungsform vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung und des zivilgesellschaftlichen Engagements, und zwar in den Gremien der Stiftung, bei der Konzeption und Umsetzung von Projekten und bei den Entscheidungen über die Verwendung der Stiftungserträge (vgl. Nährlich et al. 2005).

Die Idee und das Konzept der Bürgerstiftung gehen zurück auf Community Foundations in den USA; die erste wurde 1914 in Cleveland gegründet (vgl. Zimmer 1994). Bei Bürgerstiftungen ist der Stiftungszweck flexibel gestaltet, so dass eine hohe Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse und sozialen Bedarfe des lokalen Kontextes besteht. Die erste bürgerorientierte lokale Stiftung wurde in Deutschland Mitte der 1990er Jahre auf Initiative und mit maßgeblicher Starthilfe des Unternehmers Reinhard Mohn in Gütersloh gegründet. Inzwischen erfreuen sich Idee und Konzept der Bürgerstiftung einer breiten Resonanz und vielfältigen medialen wie auch infrastrukturellen Unterstützungen, so dass die Zahl der Gründungen von Bürgerstiftungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Nach Erhebungen des Vereins Aktive Bürgerschaft, einer Initiative des genossenschaftlichen Finanzverbundes, die sich wie auch der Bundesverband Deutscher Stiftungen für die Idee und das Konzept von Bürgerstiftungen einsetzt, gibt es in Deutschland mittlerweile über 240 Bürgerstiftungen.

Wie das Stiftungswesen insgesamt, so ist auch die Welt der Bürgerstiftung stark konzentriert: Es gibt nur wenige große Stiftungen, die aufgrund ihres beachtlichen Stiftungsvermögens größere Projekte eigenständig durchführen können. Bei der Mehrheit der Bürgerstiftungen handelt es sich um mittlere und kleine Stiftungen.

Abb. 11: Bürgerstiftungen in den Bundesländern, 2010



Quelle: Wolf/Zimmer 2012: 66, nach Aktive Bürgerschaft 2010: 24

Grundlegend betrachtet sind Bürgerstiftungen Foren des Ideenaustausches und des Miteinanders. Sie sind oftmals nicht Teil der eingefahrenen Routinen von Vereinen und Verbänden mit ihren spezifischen Klientelstrukturen. Für die Zukunft bleibt abzuwarten, wie sich Bürgerstiftungen in ihr kommunales Umfeld und Gefüge von Vereinen, Verbänden, privaten Stiftungen und anderen engagementfördernden Einrichtungen weiterentwickeln und profilieren. Hervorzuheben ist insbesondere der Pioniercharakter einer ganzen Reihe von Bürgerstiftungen, die an einigen Orten bereits als Kristallisationskerne des Engagements wirken.

Informationen zu Bürgerstiftungen im Internet:

Einen Überblick über das Thema, die Verbreitung und die spezifischen Ausprägungen von Bürgerstiftung bieten die Aktive Bürgerschaft und der Bundesverband Deutscher Stiftungen:

- www.aktive-buergerschaft.de/buergerstiftungen
- www.stiftungen.org/de/projekte/initiative-buergerstiftungen.html.

Einen ersten Einblick in die Landschaft der Bürgerstiftungen bieten eine der ersten (www.buergerstiftung-guetersloh.de), eine finanzstarke (http://www.buergerstiftung-hamburg.de/home) und eine im ländlichen Raum angesiedelte Bürgerstiftung (www.barnim-uckermark-stiftung.de).

4.6 Aktivitäten zur Engagementförderung von Kommunalverwaltung und -politik:

Stadtteilbüros

Stadtteilbüros sind Ausdruck eines sozialräumlichen Ansatzes in der Stadtentwicklungspolitik mit der Zielsetzung, den Niedergang von Stadtteilen und Quartieren präventiv zu verhindern, konkrete Maßnahmen zu ergreifen und Projekte durchzuführen, um die Lebensqualität im Stadtteil dauerhaft zu verbessern. Stadtteilbüros sind u.a. auch Bestandteil des Programms „Soziale Stadt", das Ende der 1990er Jahre als Bund-Länder-Programm und integriertes Konzept der Stadtentwicklungspolitik aufgelegt wurde. Neben baulicher Substanzerhaltung und -verbesserung ist Quartiersmanagement ein wesentlicher Baustein dieses Programms.

Im Programm „Soziale Stadt" dienen Stadtteilbüros als Orte der Informations- und Kontaktvermittlung (vgl. Böhme et al. 2003: 144). Waren sie zunächst als begleitende Einrichtungen zur Bürgerbeteiligung im Rahmen von Stadtumbauprozessen konzipiert, so entwickelten sie sich darüber hinaus zu Infrastruktureinrichtungen insbesondere auch zur

Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements im Stadtteil. Inzwischen gelten Stadtteilbüros als sozialräumliche Plattformen zur Aktivierung örtlicher Entwicklungspotenziale, sie arbeiten im Dienst der Entwicklung von Bürgerbewusstsein für den Stadtteil und tragen zur Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen und stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze bei (vgl. ARGEBAU 2003). Beispiele sind etwa Integrationsprojekte wie die „Stadtteilmütter", Bildungszusammenschlüsse von Schulen, Kindertagesstätten und Bewohnervereine sowie Ausbildungsprojekte für Jugendliche.

Schätzungen zufolge gibt es bundesweit etwa 400 Stadtteilbüros. Finanziert wurden sie bisher größtenteils aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt", das jedoch in der bekannten Form nicht mehr weitergeführt wird. Insofern sehen sich die Stadtteilbüros mit der Herausforderung einer Fortsetzung der Finanzierung ihrer Arbeit konfrontiert. Da sich die Mehrheit der Büros in „sozialen Brennpunkten" und „schwierigen Stadtteilen" befindet, ist mit einer substanziellen finanziellen Unterstützung von Stadtteilbüros durch die Wohnbevölkerung nicht zu rechnen. So wäre etwa ein Engagement von Bürgerstiftungen gerade auch in derart „armen" Stadtteilen sinnvoll und zweckmäßig.

Kommunale Stabsstellen für Bürgerengagement

Angesprochen sind hiermit Stellen zur Engagementförderung in der Kommunalverwaltung. Diese arbeiten mit dem Ziel, bürgerschaftliches Engagements in seiner Vielfalt zu fördern und insbesondere die Kommunikation und Kooperation der Akteure vor Ort voranzutreiben. Sie informieren engagementinteressierte Bürger und Bürgerinnen, beraten Organisationen, Gruppen und Initiativen, entwickeln gemeinsam mit anderen Akteuren neue Projekte und koordinieren Qualifizierungsangebote für Freiwillige.

Angestoßen wurde ihre Gründung in den meisten Kommunen durch die Arbeit und den Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht empfiehlt, „in den Verwaltungen Servicestellen einzurichten, die Infor-

mations- und Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger bereitstellen“ (Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags 2002: 8).

Die Bezeichnung „Stabsstelle“ wird in öffentlichen Verwaltungen nicht durchgängig verwendet, sondern es finden auch Bezeichnungen wie Informations- und Koordinationsstelle zur Förderung von Engagement und Ehrenamt Verwendung. Die Platzierung derartiger Stellen innerhalb der Verwaltung ist bundesweit nicht einheitlich geregelt, sondern folgt kommunalen Mustern. Eine Angliederung dieser Stabsstellen an das Büro des (Ober-) Bürgermeisters/der (Ober-) Bürgermeisterin in größeren Städten findet sich ebenso, wie ein eigenständiges Referat für Bürgerengagement und/oder Ehrenamt (z.B. in Bremen, Duisburg oder Frankfurt/Main). In anderen Städten sind zumeist mehrere verschiedene Ämter und Dezernate etwa aus den Bereichen Sport-, Kultur- und Soziales mit der fachspezifischen Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements betraut.

Das Aufgabenspektrum dieser Stellen ist sehr heterogen und umfasst typischerweise, wie das Beispiel der Stadt Arnsberg zeigt, ein weites Spektrum. So zählt zu den Aufgaben der Geschäftsstelle Engagementförderung in Arnsberg etwa die Schaffung engagementfreundlicher Rahmenbedingungen. Die Stabsstelle ist direkt beim Bürgermeister angesiedelt und personell mit einer hauptamtlichen Leitung, zwei Mitarbeitern sowie weiteren Honorarkräften ausgestattet. Sie arbeitet projektbezogen, träger-, generationen- und ressourcenübergreifend, u.a. bei der:

- Entwicklung und Evaluation von Förderkonzepten,
- Gestaltung engagementfreundlicher Rahmenbedingungen (Projektmanagement, Versicherungsschutz, Erfahrungsaustausch),
- Beratung von Engagierten sowie
- Angeboten zur Aus- und Weiterbildung für Engagierte.

In Arnsberg wie anderenorts kommt diesen Stellen in der Verwaltung eine wichtige Doppelfunktion zu: Sie vernetzen, initiieren und koordinieren im Außenverhältnis Engagementpolitik und verbessern das Verständnis für dieses ressortübergreifende Politikfeld innerhalb der

Kommunalverwaltung. Generell ist dieses eine hoch anspruchsvolle und nicht immer konfliktfreie Aufgabe, die aber entscheidend dazu beitragen kann, die Sichtbarkeit und den Stellenwert von Engagementförderung auf lokaler Ebene zu verbessern. Das Tätigkeitsprofil der Mehrzahl dieser Stellen ist bisher auf das soziale Engagement ausgerichtet. Vor dem Hintergrund einer weiteren engagementbezogenen Öffnung von lokaler Politik und Verwaltung wird die Bündelung des Wissens zu Anwendungsfeldern, Potentialen und Verfahren der Bürgerbeteiligung, einschließlich von E-Government, in Zukunft sicherlich das Tätigkeits- und Aufgabenprofil der Stabstellen stärker prägen als bisher.

Informationen zu Stadtteilbüros und kommunalen Stabsstellen für Bürgerengagement im Internet:

Weitergehende Informationen und Praxisbeispiele bieten die kommunalen Spitzenverbände, d.h. der Deutsche Landkreistag (*www.landkreistag.d*e), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (*www.dstgb.de*) und der Deutsche Städtetag (*www.staedtetag.de*).

5. Was gilt es in den Blick zu nehmen?

Das Spektrum der Gemeinden, Landkreise und Städte in Deutschland ist zu vielfältig und zu verschieden, als dass sich für die Engagementförderung vor Ort „Patentlösungen“ anbieten würden. Die Besonderheiten der Lokal- und Kommunalebene machen die Attraktivität von Gemeinden, Landkreisen und Städten aus. Dennoch lassen sich vor dem Hintergrund unserer langen Tradition zivilgesellschaftlichen Engagements, einer gewachsenen Infrastruktur von Vereinen, Verbänden und auch Stiftungen sowie einer engen Verbindung von politischem und sozialen Engagement im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung einige Hinweise geben, die zur Orientierung für die Weiterentwicklung der lokalen Engagementförderung und -infrastruktur nützlich sind.

Zivilgesellschaftliches Engagement: Tandem aus politischem und sozialen Engagement vor Ort

Das politische und das soziale Engagement sind gleich wichtig und gleich unterstützungswürdig. Beide Formen des Engagements sind eng mit der kommunalen Selbstverwaltung verbunden. Vor dem Hintergrund, dass die lokale Ebene als politischer Gestaltungsraum wieder an Bedeutung gewinnt, ist auch von einer Renaissance der Bürgerschaft als gestaltendes Moment im politischen Raum sowie im Rahmen innovativer Kommunalpolitik vor Ort auszugehen. Dieses ist leider auch den immer enger werdenden finanziellen Gestaltungsspielräumen öffentlicher Haushalte geschuldet. Gleichwohl ist unübersehbar, dass die Bürger/innen die Geschicke ihres Gemeinwesens wieder stärker selbst in die Hand nehmen (wollen). Die Kommunen sollten sich darauf einstellen und dieses bei der Weiterentwicklung ihrer Engagementpolitik und -förderung berücksichtigen.

Traditionen sind wertvoll, erhaltenswert und unterstützungswürdig

Deutschland ist und bleibt ein Land der Vereine. Diese stellen insbesondere vor Ort ein umfangreiches Spektrum an Angeboten und Leistungen im Sport- und Freizeitbereich, in der Kultur sowie auch im Sozialbereich und im Umweltschutz zur Verfügung. Den ersten Kontakt mit zivilgesellschaftlichem Engagement haben viele im Verein. D.h. Vereinen kommt neben der Dienstleistungserstellung gerade auch eine wichtige Funktion bei der Hinführung zum Engagement und der Sozialisation zum engagierten Bürger zu. Kommunen wären schlecht beraten, wenn sie die „neuen" Engagementeinrichtungen gegen die „alten" – d.h. in der Mehrheit die Vereine – ausspielen und hier versuchen würden zu kürzen, um anderenorts ein Wenig mehr zu geben. Doch es ist nicht zum Besten um die Vereine bestellt. Probleme zeigen sich insbesondere hinsichtlich der Rekrutierung für Vorstandspositionen. Die Kommunen sollten aber bei der Konzeption ihrer Engagementpolitik und -förderung diese traditionsreiche Infrastruktur zivilgesellschaftlichen Engagements nicht aus dem Blick verlieren.

Infrastruktureinrichtungen sind sinnvoll und innovativ

Das zivilgesellschaftliche Engagement hat sich stark verändert in Richtung einer erhöhten Flexibilisierung und nachlassenden Bindung an Organisationen und Kontexte. Als Reaktion auf diesen sozialen Wandel sind vor Ort neue Einrichtungen und Dienste einer zeitgemäßen Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements entstanden, und zwar:

- Selbsthilfekontaktstellen,
- Seniorenbüros und Mehrgenerationenhäuser,
- Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen sowie
- Stadtteilbüros und Stabstellen für Bürgerengagement in den Kommunalverwaltungen.

Jede dieser Organisationen und Einrichtungen hat ihre spezifische Geschichte und wird getragen von einem lokalen Kontext engagierter und kompetenter Bürger/innen. Jede dieser Gründungen ist aber auch einem bestimmten Zeitgeist geschuldet:

- Selbsthilfekontaktstellen stehen in engem Bezug zu einem neuen und veränderten Umgang mit individuellen Problemen und Schwierigkeiten, insbesondere im Gesundheitsbereich,
- Seniorenbüros sind Ausdruck eines grundsätzlich anderen Verständnisses von Alter als Lebensphase,
- Mehrgenerationenhäuser stehen für einen generationen-übergreifenden Ansatz haushaltsnaher Dienstleistungen,
- Freiwilligenagenturen sind Ausdruck zeitgemäßer Formen der Ansprache von engagementbereiten und engagierten Bürgern sowie der engagementbezogenen Beratung von Organisationen und Institutionen,
- Bürgerstiftungen sind eine moderne Form des Engagements vor Ort,
- Stadtteilbüros sind der Erkenntnis geschuldet, dass Städte und Kommunen als funktionierende Gemeinwesen einer Verwahrlosung Einhalt gebieten müssen, während Stabsstellen für Bürgerengagement in der Kommunalverwaltung Ausdruck einer

veränderten und insbesondere zivilgesellschaftlich orientierten Verwaltungskultur sind.

Passgenauigkeit für jede Kommune und Bündelung unter einem Dach

Welche der genannten Einrichtungen besonders förderungswürdig ist, auf welche vielleicht auch verzichtet werden kann und welche Einrichtung Aufgaben und Leistungen einer anderen mit übernehmen oder in enger Kooperation und Absprache umsetzen kann, ist nicht anhand allgemeiner Erwägungen zu entscheiden. Vielmehr kommt es auf die Wünsche, Ziele und Optionen vor Ort an. Sinnvoll erscheint auf jeden Fall eine räumliche Bündelung von engagementbezogenen Einrichtungen und Funktionen unter einem Dach. Dieses kann etwa ein ausgedienter Bahnhof sein, der einer neuen multifunktionalen Nutzung zugeführt wird. Es kann auch ein großes Gebäude sein, das eine ganze Reihe von Initiativen beherbergt. Viele Kommunen haben sich in den „fetten Jahren" viel zu große Rathäuser zugelegt, die jetzt zumindest teilweise für Aktivitäten zur Stärkung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements genutzt werden könnten.

Kooperation als Schlüssel zum Erfolg

Für Infrastruktureinrichtungen sind Verständigung und Kooperationen das Gebot der Stunde. Aufgaben, Arbeitsweisen und auch diese Adressatenkreise liegen oftmals nicht weit auseinander, so dass anstelle von Parallelstrukturen und -welten eine Bündelung der Leistungen und Angebote angezeigt ist. Alle Einrichtungen arbeiten heute generationenübergreifend und alle bemühen sich um Kontakte zur lokalen Wirtschaft und den in der Regel recht überschaubaren Kreis der lokalen Sponsoren. Vor diesem Hintergrund wäre Ressourcenkonkurrenz zu optimieren; Absprachen untereinander mit Blick auf Themen und Schwerpunktsetzungen, dem Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie hinsichtlich der Planung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten wären ressourcenschonend. Ohne eine enge Absprache, ohne Fokussierung, ohne koordinierte Planung wird die lokale Engage-

mentinfrastruktur in ihrer Vielfalt zukünftig nicht aufrecht zu erhalten sein.

Stabstellen und Infrastruktureinrichtungen

Den kommunalen Stabstellen wird zukünftig bei der Weiterentwicklung der Engagementförderung große Bedeutung zukommen. Sie sind es, die „den Rest der Verwaltung" für zivilgesellschaftliches Engagement sensibilisieren sollen. Dieses betrifft sowohl den größer werdenden Bereich der (politischen) Bürgerbeteiligung als auch die Unterstützung des sozialen Engagements. Hier haben kommunale Stabsstellen in Zukunft eine funktionale Bedeutung für Bürger/innen in Form von Dauerbeobachtung und Informationsbereitstellung:

- Erfassung und Aktualisierung der Organisationen und Felder des Engagements: z.B. Vereinsverzeichnisse mit Adressen und Aktivitäten sowie Ansprechpartner/innen,
- Erfassung und Aktualisierung der lokalen Stiftungsverzeichnisse: z.B. Broschüre „Unsere Stiftungen vor Ort" mit Angabe der Stiftungszwecke, Förderziele und Ansprechpartner/innen,
- Erfassung und Publikation der Fördermöglichkeiten vor Ort und Verzeichnis der Infrastruktureinrichtungen zur Förderung des Engagements mit kurzen Leistungsprofilen.

Fahrplan der Schwerpunktsetzungen im Verbund

Das „A und O" einer erfolgreichen Engagementpolitik wird in Zukunft die Fokussierung und Schwerpunktsetzung vor Ort im Verbund der beteiligten Akteure sein. Dieses kann aber erst erfolgen, wenn die „Hausaufgaben" in Sachen Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements geleistet sind. Dazu gehört eine auf Dauer gestellte Informationspolitik, d.h. eine Grundversorgung" der Bürger und Bürgerinnen in Form von Online-Datenbanken über

- zivilgesellschaftliche Organisationen,
- Infrastruktureinrichtungen und
- Fördermöglichkeiten.

Ist dieses gewährleistet und etabliert, kann es an die Erstellung einer „To-do-Liste“ für die Weiterentwicklung der Engagementförderung und -unterstützung mit thematischer Akzentsetzung gehen.

Engagementförderung als Investitionen in die Zukunft

Die Förderung der Selbsttätigkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Engagement hat hohe Priorität. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind so früh wie möglich an zivilgesellschaftliches Engagement, und zwar an das politische wie soziale Engagement, „heranzuführen“. D.h. Engagementförderung sollte in der Schule und vielleicht noch früher ansetzen. Als Konzept hat sich hier Service-Learning bewährt (vgl. www.aktive-buergerschaft.de/schulen; www.servicelearning.uni-halle.de). Jugendliche und junge Erwachsene sind grundsätzlich engagementinteressiert, aber durch restriktive Stundenpläne und Studienbedingungen zeitlich oftmals eingeschränkt. Engagement eröffnet tief greifende Einblicke in die Alltagswelt vor Ort. Engagementförderung als Investition in die aktive Bürgerschaft von morgen wird in den Städten, Landkreisen und Gemeinden bisher aber kaum in Betracht gezogen.

Leistung und Verantwortung lohnen

Jeder von uns will gefordert werden. Leistung macht Spaß und bringt einen Zugewinn an individueller Erfahrung und Sicherheit. Dieses sollte von Vereinen vor Ort wie auch von Bürgerstiftungen, Mehrgenerationenhäusern oder Stadtteilbüros erkannt werden. Zivilgesellschaftliches Engagement bedeutet auch Verantwortungsübernahme für eine Sache, ein Anliegen, eine Organisation. Dieses gilt für das politische Engagement ebenso wie für das soziale. Doch die Übernahme von verantwortungsvollen Aufgaben in leitender Position im Verein und Verband, in der Bürgerstiftung oder einer Gruppe im Mehrgenerationenhaus ist ohne Zweifel eine Herausforderung. Doch es lohnt sich, da hier wertvolle Erfahrungen für die Übernahme von Verantwortung auch in Beruf und Familie gesammelt werden. Bevor noch ein weiteres „Angebot der Ausbildung zum/zur Freiwilligenmanager/in“ vor Ort aufgelegt wird,

ist zu überlegen, wie zivilgesellschaftliches Engagement in Leitungs- und Führungspositionen für die bisher hier Engagierten attraktiv, interessant und mit einem individuellen Mehrwert ausgestattet werden kann. Die Kristallisationskerne der lokalen Engagementinfrastruktur sind in diesem Bereich besonders gefordert. Sie müssen sich darauf einstellen, dass in der konkreten Kompetenzvermittlung im Bereich Engagement und Führung in Deutschland ein großer Nachholbedarf besteht.

Bei aller Begeisterung für das Mittun und Mitentscheiden in eigenen Angelegenheiten vor Ort sollte aber nicht verkannt werden, dass die Initiierung und Entwicklung einer lokalen Engagementinfrastruktur immer auch eine gesellschaftspolitische Angelegenheit ist, die mit Auseinandersetzungen und Aushandlungen einhergeht. Letztlich sind der erklärte politische Wille und das bekundete Interesse von einflussreichen lokalen Akteuren, wie Vereinen und Verbänden einerseits sowie Kommunalverwaltung und -politik andererseits, wesentliche und geradezu elementare Voraussetzung für den Aufbau und die Entwicklung einer zeitgemäßen lokalen Engagementinfrastruktur und -förderung, die sowohl traditionelle Vereine und Verbände umfasst wie auch neue Organisationsformen, d.h. insbesondere Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen, als Kristallisationskernen einer zeitgemäßen lokalen Engagementinfrastruktur.

6. Literatur

Aktive Bürgerschaft 2010: Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends, Berlin: Aktive Bürgerschaft.

Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf 2009: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB).

Aner, Kirsten/Hammerschmidt, Peter 2010: Zivilgesellschaftliches Engagement des Bürgertums vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Weimarer Republik, in: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS Verlag, S. 63–96.

Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen (ARGEBAU) 2003: Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, in: Deutsches Institut für Urbanistik (DIfU) (Hrsg.): Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, S. 297–309.

Backhaus-Maul, Holger 2009: Sozialpolitische Entwicklungslinien in Deutschland, in: Arnold, Ulli/Maelicke, Bernd (Hrsg.), Lehrbuch der Sozialwirtschaft, 3. Auflage, Baden-Baden: Nomos, S. 96-116.

Backhaus-Maul, Holger 2011: Kommunale Selbstverwaltung in der Zivilgesellschaft. Plädoyer für die bürgerschaftliche Revitalisierung einer modernen Institution, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 158 Jg., Heft 2 (2011), S. 48-50.

Backhaus-Maul, Holger/Olk, Thomas 1994: Von Subsidiarität zu 'outcontracting'. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden in der Sozialpolitik, in: Streeck,Wolfgang (Hrsg.), Staat und Verbände, Sonderheft 25 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 99-134.

Backhaus-Maul, Holger/Speck, Karsten 2011: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale auf kommunaler Ebene, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. 91 Jg., Heft 7 (2011), S. 302-308.

Beher, Karin/Krimmer, Holger/Rauschenbach, Thomas/Zimmer, Annette 2008: Die vergessene Elite. Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen, Weinheim/München: Juventa.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars 2006: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden: VS Verlag.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars 2010: Die kommunale Ebene, in: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS Verlag, S. 382-403.

Böhme, Christa/Becker, Heide/Meyer, Ulrike/Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina/Strauss, Wolf-Christian 2003: Handlungsfelder integrierter Stadtteilentwicklung, in: Deutsches Institut für Urbanistik (DIfU) (Hrsg.): Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, S. 98–147.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) 2009: Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Gesamtstatistik 2008. Online verfügbar unter www.bagfw.de/uploads/media/GS_BAGFW_091221_web_01.pdf, geprüft 2012.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) 2007: Anleitung zum Aufbau einer Freiwilligenagentur. Online verfügbar unter www.bagfa.de/fileadmin/Materialien/bilder/bagfa_Anleitung_zum_Aufbau_einer_FWA.pdf, geprüft 2011.

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) 2010: Seniorenbüro-Liste. Online verfügbar unter www.seniorenbueros.org/fileadmin/user_upload/seniorenbueros/SB-Liste_Juni_2010.pdf, geprüft 2011.

Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) o. J.: Was ist das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser? Online verfügbar unter www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/02__Das_20Aktionsprogramm/01__Was__ist__das__Aktionsprogramm/01__Was_20ist_20das_20Aktionsprogramm.html, geprüft 2011.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) 2002: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa). Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Band 227, Stuttgart: Kohlhammer.

Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2010a: Starke Unterstützung im Aktionsprogramm. Online verfügbar unter www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/02__Das_20Aktionsprogramm/06__Ihre__Partner/04__Kooperationsgruppe.html, geprüft 2011.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) 2010b: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 - Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, Berlin: Eigenverlag.

Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags (Hrsg.) 2002: Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen: Leske und Budrich.

Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg/Kissler, Leo 2006: Kooperative Demokratie. Das demokratische Potential von Bürgerengagement, Frankfurt/New York: Campus.

Jakob, Gisela 2010: Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Engagementförderung in den Kommunen, in: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS Verlag, S. 233–259.

Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga o.J.: Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Nährlich, Stefan/Strachwitz, Rupert Graf/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (Hrsg.) 2005: Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag.

Naßmacher, Hiltrud/Naßmacher, Karl-Heiz 2007: Kommunalpolitik in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag.

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) 2009: NAKOS Studien, Selbsthilfe im Überblick 2, Zahlen und Fakten 2008. Berlin: Eigenverlag.

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) 2010: Verbreitung. Online verfügbar unter http://www.nakos.de/site/fragen-und-fakten/unterstuetzung/kontaktstellen/verbreitung, geprüft 2011.

NPM/Zentrum für Nonprofit Management (Hrsg.) 2009: Vereine ohne Vorstand? Kurzstudie zur Problematik der Besetzung ehrenamtlicher Vereinsvorstände in Deutschland, Münster: Eigenverlag.

Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (Hrsg.) 2011: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, München: Juventa.

Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.) 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS Verlag.

Pitschas, Rainer 2003, Kommunale Sozialpolitik, in: Bernd von Maydell/Franz Ruland (Hrsg.), Sozialrechtshandbuch, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 1011-1040.

Priller, Eckhard 2012: Scope, Structure and Development of Civil Society in Germany, in: Zimmer, Annette (Hrsg.): Civil Societies Compared: Germany and the Netherlands, Baden-Baden: Nomos Verlag (i.E.).

Reiser, Marion 2006: Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik. Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten, Wiesbaden: VS Verlag.

Roth, Roland/Rucht, Dieter 2008: Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/New York: Campus.

Rucht, Dieter 2010: Engagement im Wandel: Politische Partizipation in Deutschland, in: WZBrief Zivilengagement 01/Mai 2010, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Sachße, Christoph 1986: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871-1929, Frankfurt: Suhrkamp.

Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian 1988: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz: Kohlhammer.

Schmid, Josef 2010: Engagementpolitik auf Landesebene. Genese und Strukturierung eines Politkfeldes, in: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS Verlag, S. 352-381.

Speck, Karsten/Backhaus-Maul, Holger/Friedrich, Peter/Krohn, Maud 2012: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale und Perspektiven einer vielversprechenden intermediären Organisation, Wiesbaden: Springer-Verlag für Sozialwissenschaften.

Steinbacher, Elke 2004: Bürgerschaftliches Engagement in Wohlfahrtsverbänden. Professionelle und organisationelle Herausforderungen in der Sozialen Arbeiten, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Wolf, André Christian/Zimmer, Annette 2012: Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven, Wiesbaden: Springer-Verlag für Sozialwissenschaften.

Zimmer, Annette, 1994: Amerikanische Stiftungen – Funding Intermediaries des Dritten Sektors, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Bd. 17, Heft 1 (1994), S. 60-86.

Zimmer, Annette 2007: Vereine – Zivilgesellschaft konkret, Wiesbaden: VS Verlag.

Zimmer, Annette/Priller, Eckhard 2012: Zivilgesellschaft in Deutschland: Entwicklungen, Strukturen, Wachstum und Wandel, in: Bucerius Law School (Hrsg.): Nonprofit Law Year Book (i.E.)

Zum Nachlesen und Nachschlagen besonders zu empfehlen:

Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf 2009: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB).

Die Welt des Engagements und der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Zahlen. Eine gute Einführung und umfassende Zusammenschau empirischer Befunde.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars 2006: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden: VS Verlag.

Ein guter Überblick über die Entwicklung der Kommunalpolitik, ihre Strukturen, Herausforderungen und Probleme.

Klein, Ansgar/Fuchs, Petra/Flohé, Alexander (Hrsg.) 2011: Handbuch kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins.

Eine aktuelle und ideenreiche Bestandsaufnahme der Möglichkeiten sozialen Engagements und dessen Förderung auf kommunaler Ebene.

Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (Hrsg.) 2011: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, München: Juventa.

Kurz und knapp alles Wissenswerte zu Engagement, Engagementpolitik und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Annette Zimmer, Prof. Dr., geb. 1954 studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie an den Universitäten Mannheim und Heidelberg; 1986 Promotion zum Dr. phil., 1986 - 1988 Lehr- und Forschungsaufenthalt am Program on Nonprofit Organizations der Yale University; 1989 - 1995 Hochschulassistentin an der Universität-Gesamthochschule Kassel im Bereich Verwaltungsforschung; seit 1996 Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft und Sozialpolitik am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität; 1998/99 Visiting Professor an der University of Toronto; 2010 Visiting Fellow am American Institute for Contemporary German Studies, Johns Hopkins University, Washington D.C.; zahlreiche Publikationen zu Non-Profit-Organisationen, Vereinen, Verbänden, Stiftungen und zwar zu Fragen des Managements und der Governance der Organisationen sowie ihrer politikfeldspezifischen Einbettung.

Kontakt:
zimmean@uni-muenster.de
www.uni-muenster.de/IfPol/

Holger Backhaus-Maul, geb. 1960, Soziologe und Verwaltungswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften/Fachgebiet Recht, Verwaltung und Organisation; Studium der Soziologie in Bielefeld (1981-1986) und der Verwaltungswissenschaften in Speyer (1987-1988), wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen, Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ (1989-1994). Mitglied u.a. im Vorstand der „Aktiven Bürgerschaft – Kompetenzzentrum für Bürgerengagement der Volksbanken und Raiffeisenbanken im genossenschaftlichen FinanzVerbund“ (Berlin; www.aktive-buergerschaft.de); Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Organisationssoziologie (Unternehmen und Non-Profit-Organisationen), Sozialrecht und Sozialpolitik, Staat und Verbände sowie Engagement und Gesellschaft.

Kontakt:
holger.backhaus-maul@paedagogik.uni-halle.de
www.philfak3.uni-halle.de/paedagogik/rvo/

Zivilgesellschaftliches Engagement ist aus dem lokalen Gemeinwesen nicht wegzudenken. Vereine und Initiativen, Ehrenamtliche und freiwillig engagierte Bürger und Bürgerinnen übernehmen vielfältige Aufgaben und Funktionen in der Kommune – von sozialen und kulturellen Angeboten über gegenseitige Hilfe bis hin zur politischen Meinungsbildung und Mitgestaltung. Viele Kommunen versuchen, zivilgesellschaftliches Engagement aktiv zu fördern. Diese Broschüre gibt einen Überblick über Geschichte, Strukturen und Perspektiven des zivilgesellschaftlichen Engagements, stellt engagementfördernde Infrastrukturen vor und zeigt Handlungsmöglichkeiten vor Ort auf.

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Vervielfältigt mit Genehmigung des Vermessungs- und Katasteramtes der Stadt Münster vom 26.06.2012
Kontrollnummer: 62.01.E.52442